k.B.

NEUES ROTES FORUM

SONDERNUMMER

NOVEMBER 1972

Preis: 2.- DM

DAS PROGRAMM DER WESTDEUTSCHEN KOMMUNISTEN

STELLUNGNAHME DER PROGRAMMKOMMISSION DES

BUNDES KOMMUNISTISCHER ARBEITER FREIBURG
KOMMUNISTISCHEN BUNDES BREMEN
KOMMUNISTISCHEN BUNDES GÖTTINGEN
KOMMUNISTISCHEN BUNDES OSNABRÜCK
KOMMUNISTISCHEN BUNDES WOLFSBURG
und der KOMMUNISTISCHEN GRUPPE (NRF) MA/HD

INHALT

DAS PROGRAMM DER WESTDEUTSCHEN KOMMUNISTEN
- STELLUNGNAHME -

1. Noch einmal unsere Auffassung zum Parteiaufbau

2. Kritik falscher Linien in der Programmdiskussion
2.1. Die Liquidatoren
2.2. Die Schematiker (KPD/ML - Rote Fahne)
2.3. Die Richtung der programmatischen Beliebigkeit: "KPD"
2.4. Parteigründer auf Pump: KPD/ML(Roter Morgen)
2.5. Verwechslung von programmatischen und taktischen Fragen
2.6. Die Erhebung einer rechtsopportunistischen Praxis zum Programm: KB - Nord

3. Welche Grundlagen haben wir für die gemeinsame Programmarbeit geschaffen?

4. Aufbau und Bestandteile des Programms
4.1. Unsere Vorbilder
4.2. Westdeutschland ist ein imperialistisches Land
4.3. Die Entwicklung des Kapitalismus und die Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Klassen
4.4. Der proletarische Klassenkampf
4.5. Die Aufgaben der Kommunisten
4.6. Exkurs: Wie wird die neue Mittelklasse im Programm berücksichtigt?
4.7. Der Imperialismus
4.8. Die Ära der proletarischen Revolution
4.9. Der Kampf gegen den Opportunismus
4.10. Die demokratischen Forderungen
4.11. Wirtschaftliche Forderungen für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen

5. Aufbau der Organisation und das Programm der Kommunisten

IMPRESSUM:

Das NEUE ROTE FORUM erscheint 6 mal im Jahr. Es umfasst jeweils mindestens 52 Seiten. Auflage 12.000
Auflage dieser Sondernummer: 15.000
Erscheint im Verlag Neues Rotes Forum, Verleger: Jürgen Sendler

Redaktion: Joscha Schmierer(verantwortlich), Dietrich Hildebrandt

Anschrift für Verlag und Anzeigenverwaltung: Neues Rotes Forum, 69. Heidelberg, Bahnhofstr. 17

Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a

Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Läden erhältlich.
Im Abonnement 2.00 DM plus Porto. Einzelpreis dieser Sondernummer: 2.00 DM

Bestellungen an Dietrich Hildebrandt, 69 Heidelberg, Postfach 834

Nachdruck von Artikeln nur nach Absprache mit der Redaktion erlaubt.

Das Programm der westdeutschen Kommunisten

- STELLUNGNAHME -

1. NOCH EINMAL UNSERE AUFFASSUNG ZUM PARTEIAUFBAU

NOTIZEN

Die Notwendigkeit eines Programms, das unsere Grundanschauungen formuliert, das Ziel unseres Kampfes bestimmt und einzelne Forderungen festlegt, scheint gegenwärtig in der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands allgemein anerkannt zu werden. Kein Zirkel, der nicht die Notwendigkeit seiner Erarbeitung betont, keine "Partei", die nicht vorgibt, entweder schon über eine klare Programmatik zu verfügen oder doch demnächst ihr Programm zu veröffentlichen. Dennoch ist in den letzten Jahren die Ausarbeitung eines Programms, das als Grundlage für die gemeinsame Arbeit der westdeutschen Kommunisten in einer Partei dienen könnte, nicht ernsthaft vorangekommen. Statt an dieser Aufgabe wirklich zu arbeiten, ist viel Zeit damit vertan worden, "Parteien" formell zu gründen, den Einflußbereich der je eigenen "Partei" zu erweitern, wie umgekehrt die selbständig gebliebenen lokalen Zirkel einen Teil ihrer Kraft darauf verwenden mußten, derartige unbegründete Ansprüche abzuwehren. So mußte über einen Jahre währenden Streit die einfache Klarheit wieder erarbeitet werden, die Lenin 1904 so formulierte: "Solange wir in den Grundfragen des Programms und der Taktik keine Einheit hatten, sagten wir auch offen, daß man sich voneinander abgrenzen muß, bevor man sich vereinigt, sprachen wir gar nicht von den Formen einer gemeinsamen Organisation, sondern ausschließlich von den neuen (damals wirklich neuen) Fragen des programmatischen und tatktischen Kampfes gegen den Opportunismus. Jetzt hat dieser Kampf, wie wir alle anerkennen, bereits eine genügende Einheit gesichert, die im Parteiprogramm und in den Parteiresolutionen über die Taktik formuliert worden ist; jetzt mußten wir den nächsten Schritt tun, und wir haben ihn, mit unser aller Einverständnis,getan: wir haben die Formen einer einheitlichen, alle Zirkel zusammenfassenden Organisation erarbeitet." (Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, Bd. 7, S. 391).

Daß diese Reihenfolge - Kampf um Programm und gemeinsame Taktik und darauf aufbauend, Ausbildung gemeinsamer organisatorischer Formen - von den "Parteien" umgestülpt wurde, hat in die zerfahrene kommunistische Bewegung Westdeutschlands zusätzliche Verwirrung und politisch schädliche Spaltungen getragen. So sind diejenigen, die sich als Einiger aufspielen, in Wahrheit schädliche Spalter unserer Bewegung. All diesen "Parteien" ist gemeinsam, daß sie die Frage nach der Vereinigung der westdeutschen kommunistischen Bewegung in der Partei umgehen und stattdessen in ihrer eigenen bornierten Existenz, die revolutionäre Einheit schon verkörpert sehen. - Indes bringt es uns nicht weiter, wenn wir diese Erkenntnis ständig wiederholen und dadurch die Selbstauflösung der schädlichen Parteigründungen erhoffen. Die verschiedenen KPD/MLs und die "KPD" sind eine Tatsache. In ihren Reihen sind zahlreiche kommunistische Kräfte organisiert, und die Zerfahrenheit unserer Bewegung besteht nach wie vor.

Wir müssen deshalb darüber hinauskommen, nur die Polemik über den Weg des Parteiaufbaus zu führen, worauf sich unsere Zeitungen und Zeitschriften bisher beschränkt haben und den richtigen Weg wirklich beschreiten, d. h. den Kampf um das Programm vorantreiben. Nur so werden wir eine feste Basis für unsere gemeinsame Tätigkeit schaffen.

Wie dringend diese Arbeit ist, wie wenig gefestigt heute selbst die Einheit in den Reihen der "Parteien" ist, wie wenig Sicherheit besteht über die gemeinsamen Grundlagen, das wird nicht zuletzt an den Zeitungen und sonstigen Veröffentlichungen dieser Organisationen deutlich. Weil gemeinsame programmatische Grundlagen im Ernst nicht existieren, werden die Zeitungen so geführt, daß sie von der ersten bis zur letzten Zeile als Meinung der Gesamtorganisation ausgegeben werden. Persönliche Zeichnung eines Artikels, die Austragung von Widersprüchen innerhalb der Organisationen, der Kampf zweier Linien, sind aus diesen Blättern verbannt. Damit aber geht verloren, was Lenin für unabdingbar erklärte zur Vereinigung der revolutionären Arbeiter und zur Einbeziehung breiter Arbeitermassen in die Politik: "... die in der Arbeiterpresse ständig zu beobachtenden offenen und leidenschaftlichen Debatten über die Taktik." Denn: "In Wirklichkeit tragen gerade diese heißen Debatten dazu bei, daß alle Arbeiter herangezogen werden und lernen, über alle Seiten ihrer Politik, der Arbeiterpolitik, nachzudenken, daß sie eine feste, klare, bestimmte Klassenlinie der Bewegung herausarbeiten." (Lenin, Bd. 30, S. 293).

Weil wir kein Programm haben, auf dessen Grundlage wir alle stehen, weil auch die einzelnen "Parteien" nichts derartiges haben, darum ist es gegenwärtig unmöglich, den Kampf um einzelne taktische Fragen im Rahmen ein und derselben Partei öffentlich zu führen, darum wird jede taktische Differenz zum neuen Spaltungsgrund innerhalb der kommunistischen Bewegung. Erst wenn wir unsere gemeinsamen Grundlagen durch Kampf geschaffen haben, können wir - ohne in die Gefahr der Prinzipienlosigkeit zu geraten, die Widersprüche in unseren Reihen, den Kampf der zwei Linien auszutragen, ohne darüber die Einheit der gemeinsamen Partei zu gefährden. Erst dann werden die Debatten und Polemiken um einzelne Fragen zu einem einigenden Moment, statt wie jetzt die Zersplitterung voranzutreiben. "Die marxistische Organisation vereinigt die klassenbwussten Arbeiter durch ein gemeinsames Programm, eine gemeinsame Taktik, durch gemeinsame Beschlüsse über die Stellung zur Reaktion, zu den Kapitalisten, zur demokratischen Bourgeoisie (Volkstümler) usw. Alle diese gemeinsamen Beschlüsse ... werden von den Marxisten verteidigt und unermüdlich durchgeführt. Die Diskussionen (Gespräche, Erörterungen, Polemiken) über die Partei und über die gemeinsame Taktik sind notwendig; ohne sie ist die Masse zersplittert; ohne sie ist ein gemeinsamer Beschluss unmöglich, ist also auch die Aktionseinheit unmöglich. Ohne sie zerfällt die marxistische Organisation der Arbeiter, die 'das Wesen der Sache erkennen', ohne sie wird der Bourgeoisie die Einflußnahme auf die Zurückgebliebenen erleichtert." (Lenin: Kampf für den Marxismus, Bd. 19, S. 336 ff).

Erst auf der Basis eines gemeinsamen Programms, das zugleich die Grundprinzipien unserer Taktik festhält, wird es möglich sein, das gemeinsame Handeln aller westdeutschen Kommunisten in einer Partei zu erreichen bei gleichzeitiger offener Debatte um die konkrete Politik. Denn das disziplinierte gemeinsame Handeln innerhalb einer einheitlichen Partei ist nur möglich bei Anerkennung des von Lenin dargelegten Begriffs der Disziplin in der Arbeiterpartei: "Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und der Kritik - so lautet unsere Definition. Nur eine solche Disziplin ist der demokratischen Partei der fortgeschrittensten Klasse würdig. Die Kraft der Arbeiterklasse ist die Organisation. Ohne Organisation der Massen ist das Proletariat nichts. Organisiert ist es alles. Organisiertheit ist Einheit der Aktion, ist Einheit des praktischen Handelns. Selbstverständlich sind aber alle Aktionen und alles Handeln nur deshalb und nur insoweit von Wert, als sie vorwärtsbringen und nicht zurückwerfen, als sie das Proletariat ideologisch zusammenschweißen, es heben und nicht herabdrücken, nicht korrumpieren, nicht schwächen. Organisation ohne ideologischen

Inhalt ist ein Unfug, der die Arbeiter in der Praxis in klägliche Nachläufer der machthabenden Bourgeoisie verwandelt. Deshalb erkennt das Proletariat keine Einheit der Aktion ohne Freiheit der Diskussion und der Kritik an." (Lenin, Bd. 11, S. 315).

Um zu dieser Einheit des Handelns in einer Partei zu kommen, müssen die westdeutschen Kommunisten heute die Programmfragen in den Mittelpunkt ihrer Polemik stellen und nicht in einzelnen Fragen der Taktik sich die Hauptgefechte liefern. 1899, als in Rußland die Aufgabe noch anstand, die verschiedenen Zirkel aufzulösen und die Kommunisten in einer Partei zu vereinigen, erläuterte Lenin: "Die Polemik wird nur dann Nutzen bringen, wenn sie klarstellt, worin eigentlich die Meinungsverschiedenheiten bestehen, wie tief sie gehen, ob es sich um Meinungsverschiedenheiten über das Wesen der Sache oder um Meinungsverschiedenheiten in Teilfragen handelt, ob diese Meinungsverschiedenheiten ein Hindernis für die gemeinsame Arbeit in den Reihen ein und derselben Partei sind oder nicht. Nur die Einbeziehung der Programmfrage in die Polemik, nur eine bestimmte Erklärung beider polemisierender Seiten über ihre programmatischen Anschauungen kann Antwort geben auf alle diese Fragen, die dringend Antwort verlangen. Die Ausarbeitung eines gemeinsamen Parteiprogramms soll natürlich durchaus nicht jeder Polemik ein Ende machen, sie wird jedoch diejenigen grundlegenden Ansichten vom Charakter, von den Zielen und Aufgaben unserer Bewegung fest bekunden, die der kämpfenden Partei als Banner dienen sollen, einer Partei, die einig und geschlossen bleibt trotz der partiellen Meinungsverschiedenheiten, die unter ihren Mitgliedern über partielle Fragen bestehen." (Lenin: Entwurf eines Programms unserer Partei, Bd. 4, S. 225).
Die westdeutsche kommunistische Bewegung hat diese Polemik um programmatische Fragen bisher nicht geführt. Wo einzelne Organisationen ihre Plattformen, programmatischen Erklärungen oder Grundsatzerklärungen veröffentlicht haben, taten sie dies, ohne daß diesem Schritt eine öffentliche Auseinandersetzung mit andern Auffassungen vorangegangen wären, ohne daß die Begründung für das eigene, neue Programm, die Erläuterung seines Charakters gegeben worden wäre. In jüngster Zeit ist diese Linie der praktischen Verleugnung einer kommunistischen Bewegung außerhalb der Reihen der eigenen Organisation vom Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands wiederum betrieben worden, der eben eine umfassende Grundsatzerklärung veröffentlicht hat, ohne eine Auseinandersetzung mit anderen programmatischen Auffassungen geführt zu haben. (1) Von diesem zirkelbornierten Verhalten können wir uns auch selbst in unserer bisherigen programmatischen Arbeit nicht freisprechen. So gab sich etwa die Kommunistische Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg vor gut einem Jahr eine Programmerklärung, die ausschließlich für den eigenen Zirkel gedacht war und nicht als Vorschlag eines Zirkels für das Programm der Kommunistischen Partei formuliert war.

Im Gegensatz zu dieser bisher allgemein üblichen Vorgehensweise fassen wir unsere Aufgabe so auf, daß wir über unsere programmatischen Vorstellungen öffentlich Rechenschaft ablegen, alle einzelnen Ausarbeitungen und den Programmentwurf selbst noch vor seiner Verabschiedung veröffentlichen, sowie die schriftliche Auseinandersetzung mit unseren Vorschlägen breit dokumentieren werden. Als Instrument für diese Polemik über Programmfragen werden wir das "Neue Rote Forum" nützen, dessen Redaktion sich bereit erklärt hat, den Ausarbeitungen der Kommission sowie den von der Kommission zur Veröffentlichung vorgeschlagenen Stellungnahmen Vorrang einzuräumen. Die Verantwortlichkeit der Redaktion des NRF gegenüber der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg bleibt für alle nicht von der Kommission verantworteten Veröffentlichungen erhalten. Ebenso bleibt bis zur Gründung einer einheitlichen nationalen Organisation die Selbständigkeit der übrigen Zeitungen unserer lokalen Organisationen erhalten. Das wird sich darin ausdrücken, daß ihre Redaktionen von sich aus zur Programmdebatte Stellung beziehen.

(1) Wir werden uns mit dieser Grundsatzerklärung demnächst in einem speziellen Artikel auseinandersetzen.

2. KRITIK FALSCHER LINIEN IN DER PROGRAMMDISKUSSION

Für die Ergebnislosigkeit der bisherigen Programmdiskussion innerhalb der westdeutschen kommunistischen Bewegung ist indes nicht nur die Form verantwortlich, in der sie geführt wurde, sondern mehr noch die Unklarheit darüber, was das Wesen eines Programms ausmacht, welche Bestandteile es heute enthalten muß und welche Fragen erarbeitet werden müssen, um es zu erstellen. Zunächst ist es daher notwendig, die Kritik an falschen Vorstellungen über die Erarbeitung des Programms zu leisten.

Die verbreitetste und von nahezu allen Richtungen in der westdeutschen kommunistischen Bewegung geteilte Auffassung besteht darin, die Arbeit am Programm als eine ungeheure, kaum zu bewältigende Aufgabe anzusehen, zu deren Erfüllung die umfassendsten Arbeitspläne aufgestellt werden. Darin, was Gegenstand dieser Arbeitspläne ist und wie das Verhältnis von Programmarbeit und Eingreifen in die praktischen Klassenkämpfe bestimmt wird, unterscheiden sich die verschiedenen Richtungen. Die Unklarheiten über das Wesen des Programms und die Fehleinschätzung über die Schwierigkeiten seiner Erstellung ist ihnen gemeinsam.

2.1 DIE LIQUIDATOREN

Diejenigen "Marxisten", die auf keinen anderen Titel Anspruch erheben, als auf den von Antidogmatikern, die weder theoretische Grundsätze noch praktische Erfahrungen oder gar Organisationen zu verteidigen haben, kommen zugleich zu den abstrusesten Vorstellungen in Hinblick auf die zu bewältigende theoretische Arbeit. So konzentriert etwa die "Marxistische Gruppe Erlangen", die hier nur als ein herausragendes Beispiel liquidatorischer Strömungen angeführt wird ihre Arbeit im wesentlichen auf die "intensive und systematische Schulung der Bände 1-3 des 'Kapital' für die Intellektuellen", erklärt angesichts der Tatsache, daß Marx von den geplanten 6 ja nur 3 Bände geschafft habe, die "Vervollständigung des marxschen Vorhabens" zur nächsten Aufgabe, vor deren Erfüllung alle kommunistische Politik auf sehr schwankendem Boden stehe. Der Arbeitsplan sieht demnach so aus: 1. Aneignung der marxschen Kritik der politischen Ökonomie, 2. Fortsetzung derselben, in der Absicht "Weltmarkt" und "Staat" kategorial zu erschließen, 3. Realanalyse der Konkurrenz der Kapitale und der Rolle des Staates, 4. revolutionäre Politik. Bis man zum Punkt 4 gediehen ist, dürfen die assoziierten Arbeiter mit Grobeinschätzungen schon praktische Politik machen, wie auch die "Marxistische Gruppe" sich bereit erklärt, die stattfindenden Kämpfe der Arbeiterklasse zu "unterstützen". Daß dabei nur ökonomistische Handwerkelei herauskommen wird, liegt auf der Hand. Konsequente Organisationsform für diese Liquidation der Politik ist das Nebeneinander eines "Ausschusses für theoretische Arbeit" und eines "Betriebsausschusses", die "selbständig über die konkreten Schritte ihrer Arbeit beschließen". In Wahrheit läuft diese Konstruktion darauf hinaus, daß ein "forschender" Intellektuellenklüngel sich ein paar Arbeiter als Versuchskaninchen hält, die er benötigt, "weil ein Verzicht auf einen praktischen Bezug zu diesen Kämpfen ... auch ein Verzicht auf die Möglichkeit wäre, empirische Kenntnisse über das aktuelle Arbeiterbewusstsein zu gewinnen. ..." (Alle Zitate aus der Erklärung der Marxistischen Gruppe vom 12. 7. 72). Es bleibt zu hoffen, daß die der Gruppe assoziierten Arbeiter sehr bald schon "grob einschätzen" werden, daß "jene Fähigkeiten, die Intellektuelle als Intellektuelle zumindest der Möglichkeit nach auch heute noch besitzen und die sie dem Proletariat voraushaben: die Fähigkeit zur theoretischen Arbeit" (2), das also diese Fähigkeiten - so

(2) Marxistische Gruppe Erlangen: Kapitalistische Hochschulreform, 1972, S. 194

verwendet - alle Aussichten auf gut dotierte Hochschullehrerstellen eröffnen mögen, aber sicher nicht auf die proletarische Revolution. (3) Diese bürgerliche Strömung von uns abzuschütteln wird uns nur gelingen, wenn wir auf der Basis des Programms die "kommunistische Bewegung" auf das Niveau der kommunistischen Partei emporheben können.

2.2 DIE SCHEMATIKER (KPD/ML - ROTE FAHNE)

Dieser "antidogmatischen" Richtung in der kommunistischen Bewegung extrem entgegengesetzt, aber nicht weniger die Ungeheuerlichkeit der Programmarbeit betonend, bewegen sich die programmatischen Ausarbeitungen und Pläne der KPD/ML (Rote Fahne). Das Zentralbüro dieser Organisation studiert seit Jahren die taktischen Ausarbeitungen der KPD und der Kommunistischen Internationale seit Ende der 20er Jahre und versucht, damit die Programmfrage zu lösen. Von der Sozialfschismusthese über die antifaschistisch-demokratische Taktik der KPD nach 1945 führt der Weg bis zu Spekulationen über eine eigenständige demokratische Etappe in jüngster Zeit (Rote Fahne Nr. 18, 1972, S. 3). Die konkrete Politik dieser Organisation war während dieser ganzen Entwicklung - und ist es bis heute - bestimmt durch eine schematische Übernahme von taktischen Konzeptionen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der richtige Grundsatz, daß wir aus den Erfahrungen der kommunistischen Bewegung nur lernen können, wenn wir uns auf ihren Standpunkt stellen, wird hier zum Aberwitz verkehrt: Statt sich auf den Boden allgemeiner Grundsätze kommunistischer Politik zustellen, wie sie von Marx, Engels und Lenin auf der Grundlage wissenschaftlicher Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Weiterentwicklung zum Imperialismus herausgearbeitet wurden, wie sie von Stalin gegen verschiedenartige bürgerliche Abweichungen verteidigt wurden und wie sie in unserer Zeit von der KP Chinas unter Führung Mao Tse-tungs gegen revisionistische Versumpfung wieder geltend gemacht und für den Aufbau des Sozialismus unter der proletarischen Diktatur weiterentwickelt wurden, statt also von diesen Grundsätzen auszugehen hat die KPD/ML (Rote Fahne) gerade die Besonderheiten kommunistischer Taktik sich flüchtig angeeignet ohne das allgemeine Wesen kommunistischer Politik festzuhalten. Die Frage kommunistischer Taktik aber muß jeweils beantwortet werden ausgehend von der Analyse bestimmter, aktueller politischer Situationen und der organisierten Erfassung der Meinungen der Menschen, nicht durch einfache Übertragung. Der schematischen Übertragung bestimmter historischer Taktiken, die sich auf bestimmte Klassenkampfsituationen bezogen, entspricht in der KPD/ML (Rote Fahne) ein bürokratischer Zentralismus, der darin seinen Ausdruck findet, daß die mit Rechten versehenen Vollmitglieder dieser "Partei" - nach Auskunft der "Marxisten-Leninisten/Mannheim" - fast nur im Zentralbüro dieser "Partei" selbst zu finden sind. (4) Eine Kontrolle der in den örtlichen Gruppen arbeitenden Genossen über die von der Leitung betriebene Politik ist damit prinzipiell unmöglich. Oder - mit anderen Worten - die praktischen Erfahrungen der Genossen bei der Durchführung einer Politik können gegenüber dem Zentralbüro überhaupt nicht geltend gemacht werden. Unter dem Vorwand, die Partei von oben nach unten aufbauen zu müssen, werden die Auffas-

(3) Wohin die "Erlanger Linie" führt, wenn sie nicht zum Anlaß genommen wird, um für marxisierende Intellektuelle ein privates Forschungsinstitut mit Versuchsarbeitern aufzubauen, das hat in Frankfurt die Gruppe "October" demonstriert, die zum diesjährigen 1. Mai ein Flugblatt verteilt hat mit der Hauptparole: "Lest das Kapital". Diese Gruppe, die als Spaltungsprodukt der KPD/ML (Roter Morgen)um die kommunistische Bewegung irrlichtert, hat den Erlangern den Vorzüg der Konsequenz voraus und läßt daher die Liquidation des praktischen Kampfes umso klarer erkennen.

(4) Marxisten/Leninisten Mannheim: Kommunistische Briefe Nr. 1, Okt. 1972, S. 2 "Anstatt einer Austrittserklärung - eine Analyse der KPD/ML(Rote Fahne)".

sungen und Erfahrungen der praktische Arbeit leistenden Genossen von der Bestimmung der Politik organisatorisch ausgeschlossen. Die Behauptung, daß die Partei von oben nach unten aufgebaut werden müsse, wird hier insofern zum Vorwand für eine bürokratische Form des "Regierens", als nicht unterschieden wird, daß der Aufbau "von oben nach unten" für den ideologischen Aufbau zutrifft, der in der Tat ausgehen muß von den allgemeinsten Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und nicht von je einzelnen subjektiven Erfahrungen ausgehen kann. Dieser ideologische Aufbau von oben nach unten wird aber geradezu unmöglich gemacht, wenn aus ihm das organisatorische Prinzip der Ernennung von Mitgliedern und der willkürlichen Beschränkung der Mitgliedschaft auf einen selbsternannten Führungskern gefolgert wird. Dann eben kann keine Partei aufgebaut werden, in der sich die allgmeinen Grundsätze mit den konkreten Erfahrungen zu einer revolutionären Politik verbinden, welche in die wirklich geführten Kämpfe der Massen eingreift und sie auf ihr notwendiges Ziel hin vorantreibt. So drückt sich in der Auffassung des Zentralbüros der KPD/ML (Rote Fahne) über die Programmarbeit, in der Benutzung der Geschichte der Arbeiterbewegung als einer Rezeptküche nicht nur ein bürgerlich-idealistisches Verständnis von Politik aus, das an den wirklichen Erfahrungen der Massen vorbeigeht, sondern zugleich der Selbstbehauptungswille eines ehrgeizigen Trüppchens kleinbürgerlicher "Parteiführer" gegenüber den Anhängern der eigenen Organisation.

2.3 DIE RICHTUNG DER PROGRAMMATISCHEN BELIEBIGKEIT: "KPD"

Neben den Schreibtischmarxisten, deren Vorstellungen in der Konsequenz zur Auflösung jeder organisierten politischen Arbeit führen, für die ein bürgerliches Forschungsinstitut als Organisationsrahmen die geeignetste Basis darstellt und neben den Abschreibern, die auf der Grundlage von Taktiken für andere Klassenkampfsituationen aktuelle Politik machen wollen und dabei über tausend Schwankungen hinweg im Abseits des Sektierertums landen, neben diesen beiden Strömungen verkörpert die Gruppe Rote Fahne (KPD) eine 3. Tendenz. In ihrer "Programmatischen Erklärung" reiht diese Organisation aneinander eine Vielfalt aktueller Einschätzungen der Weltlage, historische Exkurse zu den verschiedensten Fragen (Stalin, Entwicklung des Revisionismus in der KPdSU, Entwicklung der KPD), Einschätzungen des aktuellen Kräfteverhältnisses zwischen Revolution und Konterrevolution im Weltmaßstab usw. Die meisten dieser Einschätzungen entstammen den Publikationen der KP Chinas und sind als einzelne durchaus korrekt. Das Ganze aber ist keineswegs ein Programm, das den Kampf des westdeutschen Proletariats anleiten könnte, sondern eine Sammlung von Auffassungen, deren Zusammenstellung beliebig bleibt. So gibt diese "Programmatische Erklärung" keine in den Grundanschauungen formulierte feste Basis für die gemeinsame Arbeit der westdeutschen Kommunisten in einer Partei. Es ist vielmehr in seiner Anlage selbst spalterisch und legt den Keim für neue Spaltungen selbst in den eigenen Reihen, weil es auch nebensächliche Punkte, bei denen durchaus Einschätzungsdifferenzen möglich sind, in den Rang programmatischer Aussagen erhebt. So muß etwa jedes Mitglied der "KPD" den Satz anerkennen, daß es unmittelbar nch 1945 falsch gewesen sei, die Vereinigung der KPD mit der SPD anzustreben, weil die KPD ideologisch und organisatorisch dafür noch nicht gefestigt genug gewesen sei. -Oder, über Afrika, daß der "Kampf der Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissao große Bedeutung" gewinne. Wenn derartige Aussagen zum Bestandteil des Programms gemacht werden, so ist die Konsequenz, daß im Fall weiterer Entfaltung der Kämpfe - etwa in Namibia - die "KPD" einen außerordentlichen Parteitag einberufen müßte, um eine Erweiterung des Programms zu beschließen.

Die absurden politischen Konsequenzen , zu denen hier die Beliebigkeit des Programms führt, machen deutlich, daß es keine Alterna-

tive gegenüber dem Schematismus der KPD/ML (ZB) darstellt, wenn an Stelle des Schematismus eine breite und aufschneiderische Geschwätzigkeit tritt. In der Beliebigkeit ihrer Bestandteile, der Undurchsichtigkeit ihres Aufbaus ist die "Programmatische Erklärung" der "KPD" kein Vorschlag für die gesamte kommunistische Bewegung, sondern darauf berechnet, die eigene Organisation zusammenzuhalten und ihr neben den anderen, schon bestehenden Organisationen ein eigenes politisches Gesicht zu verleihen. Es ist ein Programm, das die Besonderheiten eines Zirkels widerspiegelt, geschrieben vom Standpunkt dieses Zirkels zur Behauptung seiner Existenz und als Berechtigungsschein für seine Ausweitung. Auch diese "Programmatische Erklärung" zeugt mehr vom Selbstbehauptungswillen ihrer Verfasser, denn von der Absicht, über den Zusammenschluß der Kommunisten zur Partei die Arbeiterbewegung einen Schritt voranzubringen. Nicht anders als in der Programmarbeit des Zentralbüros der KPD/ML (Rote Fahne) werden hier der Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen der Arbeiterbewegung als Instrument für die Behauptung von Ansprüchen verwandt und nicht, um die Grundlagen für unser aller Arbeit zu entwickeln. So gibt sich die "Programmatische Erklärung" der Gruppe Rote Fahne(KPD) zu erkennen als Proklamation eines Führungsanspruches über die Arbeiterbewegung - erhoben von einer Clique, die auf ihre Einzigartigkeit pocht. ohne zu erkennen, daß wirkliche Führung gerade darin bestehen würde, die allgemeinen Grundlagen unserer Arbeit herauszustellen.

2.4 PARTEIGRÜNDER AUF PUMP: KPD/ML (ROTER MORGEN)

Die KPD/ML (Roter Morgen) ist in ihren programmatischen Bestimmungen am wenigsten zu fassen. Neben Arbeitsplänen, Grundsatzartikeln und Plattformen, deren Gültigkeit für die Gesamtorganisation fraglich ist, existiert offenbar nur in der Gründungserklärung von 1968/69 ein gemeinsames Papier. Diese Gründungserklärung zeichnet sich dadurch aus, daß sie gegenüber den Revisionisten zum ersten Mal in Westdeutschland bedingungslos den Standpunkt der KP Chinas einnimmt. Was das Programm der westdeutschen Revolution angeht, so gibt die Gründungserklärung keine ausdrücklich falsche Bestimmung aus dem einfachen Grund, weil sie kein Programm für den Kampf des westdeutschen Proletariats formuliert. Die Konsequenz daraus wurde deutlich angesichts des totalen Scheiterns, das die KPD/ML (Roter Morgen) immer dann erlitt, wenn sie den Versuch wagte, praktische Politik zu machen. Wenn heute diese Organisation mit der "Anerkennung" durch die Partei der Arbeit Albaniens versucht, Politik zu machen und Anhang in der westdeutschen kommunistischen Bewegung zu gewinnen, so liegt das auf der schon immer verfolgten Linie, sich nicht auf die eigene Kraft zu verlassen, sondern auf äussere Unterstützung zu verweisen. Nicht anders verfuhren die Menschewiki in Rußland, die über ihre Emigrantenorganisationen alle Hebel in Bewegung setzten, um Stellungnahmen in der deutschen sozialdemokratischen Presse gegen die Bolschewiki zu erreichen, die sie angesichts der Autorität, welche die deutsche Partei damals international genoß, gegen die Bolschewiki auszunutzen versuchten.

2.5 VERWECHSLUNG VON PROGRAMMATISCHEN UND TAKTISCHEN FRAGEN

Wenn wir die verschiedenen Fehler in der programmatischen Diskussion der westdeutschen kommunistischen Bewegung auf ein Grundmuster zurückzuführen versuchen, so liegt dieses unseres Erachtens in der nicht durchgeführten strikten Unterscheidung zwischen programmatischen und taktischen Fragen. Die Vermischung beider läßt die zu bewältigende Aufgabe ungeheuer erscheinen und erlaubt den verschiedensten liquidatorischen und sektiererischen Strömungen immer wieder, Boden zu gewinnen. Wir wollen diesen Fehler an einem Beispiel demonstrieren. Unseres Wissens gibt es keinen Artikel, der sich mit Programmfragen beschäftigt und dabei nicht die Enwicklung des westdeutschen Imperialismus als die zentrale Auf-

gabe theoretischer Arbeit aufstellte. Nun wollen wir die Bedeutung dieser Aufgabe keineswegs abstreiten, aber von Bedeutung ist sie gerade in Hinblick auf die Ausarbeitung einer korrekten Taktik, nicht in Hinblick auf das Programm.

Wo die Untersuchung des westdeutschen Imperialismus zur zentralen programmatischen Aufgabe erhoben wird, ist dies unserer Auffassung nach einer schematischen Gleichsetzung mit den Aufgaben der russischen Sozialdemokraten um die Wende zum 20. Jahrhundert entsprungen. Die Frage, auf welche das Programm der russischen Partei speziell Antwort geben mußte, hatte Engels 1890 so formuliert: "Die Aufgabe des 'Kommunistischen Manifests' war die Proklamation des unvermeidlich bevorstehenden Untergangs des heutigen bürgerlichen Eigentums. In Rußland finden wir, neben der sich mit Fieberhast entwickelnden kapitalistischen Ordnung und dem sich eben erst bildenden bürgerlichen Grundeigentum, die größere Hälfte des Bodens in Grundeigentum der Bauern. Es fragt sich nun: Kann die russische Bauerngemeinde diese allerdings schon sehr zersetzte Form des Gemeineigentums am Boden unmittelbar übergehen in eine höhere kommunistische Form des Grundeigentums, oder muß sie vorher den selben Auflösungsprozeß durchmachen, der sich in der historischen Entwicklung des Westens darstellt?"(MEW Bd. 22, S. 55).

Der Antwort auf genau diese Frage ist Lenins Werk "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" gewidmet. Und der Schluß, zu dem Lenin aufgrund umfangreicher Untersuchungen kommt, geht in Lenins Programmentwurf von 1902 ein in dem knappen ersten Satz:"Immer rascher entwickelt sich in Rußland die Warenproduktion, zu immer vollerer Herrschaft gelangt hier die kapitalistische Produktionsweise." (Werke Bd. 6, S. 12) - Eine Aufgabe dieser Art besteht für die Programmarbeit der westdeutschen Kommunisten aber nicht. Es ist für uns keine Frage, welcher ökonomischen Formation ein Land wie Westdeutschland angehört, daß wir es zu tun haben mit einem Land, in dem der Kapitalismus zur vollständigen Herrschaft gelangt ist und sich seit über 70 Jahren schon zum Imperialismus fortentwickelt hat. Das zu beweisen ist immer erneut Aufgabe unserer Propaganda, aber nicht Aufgabe einer das Programm stützenden Forschungsarbeit.

Auf den Unterschied des russischen gegenüber den damaligen westeuropäischen Parteiprogrammen verweist Lenin selbst im Jahre 1902: "Die Partei des russischen Proletariats muß in ihrem Programm ihre Anklage gegen den russischen Kapitalismus, ihre Kriegserklärung an den russischen Kapitalismus ganz unzweideutig niederlegen. Das ist umso notwendiger, als das russische Programm in dieser Beziehung nicht mit den europäischen Programmen identisch sein kann: letztere sprechen vom Kapitalismus und von der bürgerlichen Gesellschaft, ohne darauf hinzuweisen, daß diese Begriffe sowohl für Österreich wie auch für Deutschland usw. anwendbar sind, denn das versteht sich von selbst. Hinsichtlich Rußlands versteht sich das jedoch nicht von selbst."(Werke Bd. 6, S. 44).

Wenngleich es sich für Kommunisten "von selbst" versteht, daß Westdeutschland ein kapitalistisches, ein imperialistisches Land ist, so ist es doch keine Selbstverständlichkeit, die Folgen programmatisch festzulegen, die diese Tatsache für die Arbeiterklasse hat, für ihre Lage, ihren Kampf, das Ziel ihres Kampfes usw. Vielmehr erlaubt die Verwischung dieser Selbstverständlichkeiten es heute allen möglichen liquidatorischen Strömungen, die Behauptung aufzustellen und zu vertreten, der praktische Kampf könne noch nicht oder doch nur sehr beschränkt geführt werden, weil keine ausreichende Klarheit bestehe.

2.6 DIE ERHEBUNG EINER RECHTSOPPORTUNISTISCHEN PRAXIS ZUM PROGRAMM: KB-NORD

Neben diesen liquidatorischen Strömungen entwickelt sich heute auf der gleichen Ebene der Nichtachtung von "Selbstverständlichkeiten"

eine opportunistische Richtung innerhalb der kommunistischen Bewegung, deren Hauptexponent der KB-Nord ist. Diese Organisation, die es bisher umgangen hat, auch nur eine einzige programmatische Zeile vorzulegen, die, durch eine opportunistische Sammlungsbewegung entstanden, sich in ihren Publikationen auf taktisches Räsonnieren beschränkt, die Propagierung der proletarischen Diktatur und des Sozialismus aufgesteckt hat und eine Sammlung von Streikstatistiken für Beiträge "Zur kommunistischen Programmatik" hält(5), diese Organisation liefert heute ein anschauliches Beispiel dafür, daß die Nichtachtung der "Selbstverständlichkeiten" mit Notwendigkeit einen ideologischen Rückbildungsprozeß einleitet.

Die Entwicklung des KB-Nord stellt den lokalen Zirkeln die Perspektive ihrer eigenen Entwicklung vor Augen, wenn sie nicht den Schritt tun hinaus über den in der lokalen Arbeit vorherrschenden Praktizismus. Anders als die "Parteien" sind diese lokalen Zirkel zumeist aus örtlichen Kämpfen und der Bewegung innerhalb der Jungarbeiterschaft oder der Intelligenz hervorgegangen. Ihr Problem war von vornherein weniger das sektiererische Abseitsstehen gegenüber den stattfindenden Kämpfen, sondern eher die bloß praktizistische Orientierung in ihnen, ohne klare politische Linie, ohne systematische Propagierung kommunistischer Politik. Daß überall dort, wo wirklich arbeitende lokale Gruppen der "Parteien" existierten, dieselbe Erscheinung des theorielosen Praktizismus zu beobachten war, wirft ein Schlaglicht auf den Charakter dieser "Parteien", die eher eine Koordination von Zirkeln darstellen als eine einheitliche Organisation mit einheitlicher Politik. Diesen aus Schwäche, Unvermögen und lokaler Handwerkelei geborenen Praktizismus zum "System" einer opportunistischen Politik erhoben zu haben, ist die "Errungenschaft" des KB-Nord.

Zur Bemäntelung ihrer opportunistischen Politik dient den Führern des KB Nord eine alle ihre Publikationen durchziehende inhaltsleere und demagogische Polemik gegen Intellektuelle. So hängen sie beispielsweise im "Arbeiterkampf" Nr. 20 an eine Auseinandersetzung mit Theorie und Politik der RAF eine Polemik gegen "KPD" und die KG (NRF) Mannheim/Heidelberg an, worin sie einen "Berührungspunkt" zwischen RAF und diesen kommunistischen Organisationen darin sehen, daß die Studenten als Träger revolutionären Bewußtseins gegenüber der Arbeiterklasse hervorgehoben würden. Das ist zwar weder von der "KPD" noch von der KG (NRF) behauptet worden, die beide nur von der Frage ausgingen, wie eine kommunistische Organisation, die noch nicht im Proletariat verankert ist, dabei vorankommen kann, erfüllt aber die demagogische Absicht, der Auseinandersetzung mit den von diesen Organisationen vertretenen Auffassungen über die westdeutsche Revolution entgehen zu können. Nicht ob eine Politik richtig oder falsch, revolutionär oder opportunistisch ist, nehmen die "Arbeiterkampf"-Autoren zum allein entscheidenden Maßstab, vielmehr denunzieren sie diejenigen Positionen, die ihrer opportunistischen Politik entgegenstehen, mit Vorliebe als Erfindungen von Intellektuellen. Ihre eigenen opportunistischen Auffassungen, etwa zur Wahl der SPD oder zum Friedenscharakter der Ostverträge aber geben sie als die Meinung "der Kollegen" aus. Es kehrt hier eine Erscheinung wieder, die Lenin schon am alten Bernsteinschen Opportunismus beobachtet hat: "Die Bernsteinianer behaupteten und behaupten doch ganz genauso, daß sie und nur sie die wahren Nöte des Proletariats kennen und sich darauf verstehen, das Wachstum seiner Kräfte zu fördern, die gesamte Arbeit zu vertiefen, die Elemente der neuen Gesellschaft vorzubereiten, Propaganda und Agitation zu treiben. Wir verlangen die offene Anerkennung dessen, was ist! - sagt Bernstein und sanktioniert damit die "Bewegung" ohne "Endziel", sanktioniert allein die Taktik der Abwehr und predigt die Taktik der Angst, "daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt". Auch die Bernsteinianer zeterten über das "Jakobinertum" der revolutionären Sozialdemokraten, über die "Literaten", die für die "proletarische Selbsttätigkeit" kein Verständnis hätten usw. usf. In Wirklichkeit dachten, wie allgemein bekannt, die revolutionären Sozialdemokraten nicht im Traum daran,

(5) Unser Weg, Nr. 13

die alltägliche Kleinarbeit, die Vorbereitung der Kräfte und dergleichen mehr zu vernachlässigen. Sie forderten nur die klare Erkenntnis des Endziels, die klare Formulierung der revolutionären Aufgaben ..." (Band 9, S. 97 f, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution). Heute gehen zwar die Führer des KB-Nord noch nicht soweit, das "Endziel" ausdrücklich zu verleugnen, vielmehr beschränken sie sich darauf, die Erörterung programmatischer Fragen - etwa im Neuen Roten Forum - als intellektuelle Spinnereien abzutun und sich dabei auf die spontane Meinung "der Kollegen" zu berufen. Weil die spontane Arbeiterbewegung nicht von selbst auf die Erörterung programmatischer Fragen hinstrebt, darum können sie mit diesem Manöver auch bei fortgeschrittenen Arbeitern durchaus zeitweilige "Erfolge" erzielen. Es ist deshalb notwendig, diese Strömung direkt und bewusst zu bekämpfen, insbesondere dort, wo sie dazu übergeht, "die Losungen (zu verspotten), die offen zum Sieg aufriefen." (Lenin, Bd. 9, S. 98).

3. WELCHE GRUNDLAGEN HABEN WIR FÜR DIE GEMEINSAME PROGRAMMARBEIT GESCHAFFEN ?

Wenn heute unsere Organisationen darangehen können, einen Vorschlag für das Programm der westdeutschen Kommunisten gemeinsam auszuarbeiten und zu formulieren, wenn wir der Auffassung sind, eine einheitliche Organisation schaffen und eine in den Grundzügen bestimmte Taktik festlegen zu können, wenn die gemeinsame Basis besteht, um eine von allen beteiligten Organisationen anerkannte Programmkommission einzusetzen, so ist das Ergebnis unserer Entwicklungsgeschichte innerhalb der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands. Diese Entwicklungsgeschichte soll in kurzen Zügen dargelegt werden, um in die Entstehung und den Charakter unserer Gemeinsamkeiten Einblick zu geben.

Entstanden sind unsere Organisationen unter sehr unterschiedlichen Bedingungen. Zwar sind sie alle personell zunächst hervorgegangen aus den revolutionär-demokratischen Bewegungen der Jahre 1967-69. Während aber die Organisationen in Bremen, Freiburg, Osnabrück und Wolfsburg sich von Anfang an stark auf die von dieser Bewegung erfasste Arbeiterjugend gestützt haben, haben die Organisationen in Göttingen und Mannheim/Heidelberg viel stärker die ideologische Auseinandersetzung mit den Positionen der Studentenbewegung führen müssen und sind personell zum Teil von Genossen aufgebaut worden, die schon innerhalb studentischer Massenorganisationen Arbeit im Industrieproletariat aufgenommen hatten. Im Verlauf ihrer Arbeit haben auch diese Organisationen zunehmend Proletarier in ihren Reihen organisieren und den Prozess der ideologischen Überwindung der Studentenbewegung abschließen können. Heute setzt sich keine unserer Organisationen mehrheitlich noch aus Intellektuellen zusammen und in allen haben Arbeiter inzwischen auch Leitungsaufgaben übernommen. Unabhängig von diesen unterschiedlichen Ausgangsbedingungen haben jedoch unsere Organisationen in den verschiedenen Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung stets ähnliche Positionen eingenommen. Das war so in den Auseinandersetzungen mit den sektiererischen Parteigründungen und bei der Kritik an linksopportunistischen Strömungen in der Gewerkschaftsfrage - für einige Zeit die entscheidenden Differenzpunkte unter den westdeutschen Kommunisten. In diesen Auseinandersetzungen standen wir noch in einer gemeinsamen Front mit denjenigen Genossen, die später den KB-Nord gegründet haben und jetzt einen offen rechtsopportunistischen Kurs vertreten. Die Widersprüche zu diesen Genossen, die heute in aller Schärfe hervortreten, waren damals noch völlig unentwickelt. Zum einen deshalb, weil wir selbst aus unserer Entstehungsgeschichte noch eine Vielzahl rechtsopportunistischer Fehler mitbrachten, insbesondere, was unsere weniger prinzipielle, denn aus praktischen Erfahrungen resultierende Kritik am modernen Revisionismus anging und unsere schwankende Haltung gegenüber demvon der KP Chinas vorgelegten Vorschlag für die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Zum anderen aber waren die Widersprüche zum Rechtsopportunismus

damals unentwickelt, weil die praktisch-politischen Fragen an denen sie aufgebrochen sind, erst allmählich in den Vordergrund traten. So vertraten die Genossen des späteren KB-Nord in Worten ebenso wie wir die Notwendigkeit des Parteiaufbaus. Erst als sie den praktischen Schritt taten, opportunistisch einen Zirkelblock zusammenzubringen und diesen Zirkelblock ohne alle ausgewiesenen Grundlagen als "die Organisationsform in der jetzigen Etappe der Parteischaffung" hinzustellen (6), schieden sich in dieser Frage unsere Wege. Dasselbe gilt für die Behauptung des KB-Nord, der demokratische Kampf sei derzeit als antifaschistischer zu führen. Die politische Bedeutung dieser Behauptung ist uns erst deutlich geworden, als sie beim KB-Nord zur Folge hatte, die Unterstützung der Ostverträge und der SPD in der Wahl zu propagieren und damit die Entwicklung einer selbständigen Klassenpolitik aufzugeben. Inzwischen durchzieht diese Liniendifferenz alle Fragen der Politik der westdeutschen Kommunisten: sie tritt in der Frage der Betriebsrätewahlen auf, anlässlich derer der KB-Nord uns vorwarf, sie politisch gegen die SPD geführt zu haben; sie tritt zutage in der Behandlung von Organisationsfragen (KB-Nord: "Rationalisierung" von Agitation und Propaganda. Zurückstufung der Betriebszeitungen auf gewerkschaftsoppositionelle Branchenzeitungen), und sie zeigt sich sogar anläßlich der Unterstützung des Kampfes der Völker der Welt gegen den Imperialismus: der KB-Nord warf uns vor, die Auffassung der palästinensischen Marxisten-Leninisten, der FPDLP, propagiert zu haben und zog sich selbst darauf zurück, er könne die Lage in Palästina nicht einschätzen.

Seit dem gemeinsamen Auftreten der kommunistischen Zirkel in der Metalltarifrunde 1971 haben wir in den Auseinandersetzungen mit einem allmählich sich herausbildenden System rechtsopportunistischer Politik die Gemeinsamkeit unserer Organisationen herausgearbeitet. Heute sind wir in der Lage, gerade in der Bestimmung der praktischen Politik einheitlich vorzugehen: so bei der Vorbereitung zur Dortmunder Demonstration anlässlich der Ausländergesetze, wo wir den Kampf gegen Sektierertum und Spalterei führen konnten, in gemeinsamen Erklärungen zur Bundestagswahl, zur Vietnamkampagne und in der Koordinierung unseres Vorgehens in den Tarifrunden der nächsten Monate.

Wenn wir heute an die gemeinsame Ausarbeitung eines Programms gehen, so stützen wir uns eben nicht nur auf gemeinsame Auffassungen in Programmfragen, sondern zugleich auf gemeinsame Auffassungen in Fragen der Taktik. Genau deshalb sind wir der Meinung, daß wir eine einheitliche Organisation schaffen können, deren Mitglieder aufgrund individueller Zustimmung zu Programm und Statut den Kampf um die genaue Bestimmung der Taktik auf der Grundlage des Programms und im Rahmen des Statuts werden führen können unter Beachtung des Grundsatzes, daß die Minderheit sich der Mehrheit im Handeln unterordnet. Wenn die Genossen der Kommunistischen Gruppe Köln gegen die KG (NRF) Mannheim/Heidelberg einwenden, die Frage der Massenlinie sei mit der Frage des Programms untrennbar verbunden (7), so haben sie darin recht, daß eine Organisation auf Basis des Programms allein - ohne Herausarbeitung der Grundlagen der Taktik - nicht wird existieren können. Sie übersehen aber, daß in den bisherigen Auseinandersetzungen innerhalb der westdeutschen kommunistischen Bewegung gerade Fragen der Taktik im Vordergrund gestanden haben und unsere Gemeinsamkeit in eben diesen Auseinandersetzungen sich herausgebildet hat. Auch wir sind der Auffassung, daß diese Gemeinsamkeiten einer ausdrücklichen Festlegung bedürfen, die jedoch nicht ins Programm eingehen, sondern in taktischen Resolutionen behandelt werden. Alle Fragen der Taktik bzw. der Massenlinie gehen aus von einer Einschätzung der aktuellen Klassenkampfsituation und den Tendenzen ihrer Entwicklung. Sie in ein für längere Zeit gültiges Programm aufzunehmen, ist deshalb unmöglich. Gerade hier muß eine in den Grundsätzen feste kommunistische Organisation ein Höchstmaß an Flexibilität entwickeln, wenn sie wirklich die Kämpfe der Ar-

(6) KAB-Arbeiterzeitung 11/12, S. 1
(7) tup 13, S. 10

beiterklasse und des Volkes vorantreiben will. Aufnehmen ins Programm können wir nur die allgemeinen Grundlagen kommunistischer Taktik: Verbindung des Alltagskampfes mit dem Kampf um das Endziel und Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf. Diese Grundsätze geben uns zugleich das Mittel in die Hand, uns zu orientieren: beim Kampf gegen Linkssektierertum, das über den Alltagskampf hinweggeht; beim Kampf gegen Rechtsopportunismus, der das Endziel praktisch verleugnet; beim Kampf gegen Ökonomismus, der den politischen Kampf nur auf dem Boden des wirtschaftlichen führen will und beim Kampf gegen Politizismus, der die wirtschaftlichen Kämpfe verachtet. Mehr als solche allgemeinen taktischen Orientierungen kann das Programm nicht geben. Jede konkrete ta ktische Festlegung, die Stellung gegenüber bestimmten Parteien und Strömungen: all das muß den Erörterungen in der Presse und der Beschlußfassung in Resolution überlassen bleiben.

Um die Einschätzung der Klassenkampfsituation und die daraus abgeleitete Taktik wird in den Reihen einer jeden Organisation ständig der Kampf zweier Linien geführt werden müssen. Dieser bewegt sich zunächst durchaus auf dem Boden des Programms und im Rahmen des Statuts und führt erst bei Verschärfung der Widersprüche zur Abweichung vom Programm und zur Verletzung des Statuts und damit zu organisatorischen Konsequenzen bis hin zur Spaltung. Wir sind der Auffassung, daß eine solche Gefahr angesichts der noch bestehenden Differenzen zwischen den Mitgliedern unserer Organisation heute und in absehbarer Zeit nicht besteht und können uns dabei auf die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre stützen. Wir können uns weiterhin stützen auf das gegenseitige Vertrauen zwischen unseren Organisationen, das nicht zuletzt darin seine Ursachen hat, daß wir die praktischen Möglichkeiten der verschiedenen Organisationen einschätzen können, ihre Mobilisierungsfähigkeit zu verschiedenen Anlässen und die bewiesene Bereitschaft und Fähigkeit, einmal gemachte Fehler zu korrigieren. Unsere Organisationen haben ferner eine Gemeinsamkeit darin, daß sie zunehmend den Versuch machten, in die Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung einzugreifen, in der Absicht, ihre Zersplitterung zu überwinden. Daß wir also niemals die Existenz der westdeutschen kommunistischen Bewegung verleugnet haben, weder durch Aufstellen eines Ausschließlichkeitsanspruches als Partei, noch durch praktische Beschränkung auf die Fortentwicklung der bloß lokalen oder regionalen Arbeit.

All diese verschiedenen Momente sind die Grundlage, auf die wir bauen können, wenn wir nicht nur zwischen unseren verschiedenen Organisationen die Programmfragen diskutieren, sondern uns an die gemeinsame Erarbeitung und Formulierung des Programms machen und an die Schaffung einer einheitlichen Organisation herangehen. Und genau diese schon herausgearbeiteten Gemeinsamkeiten sind der Grund, warum wir unsere Programmarbeiten zwar der gesamten kommunistischen Bewegung offen zur Diskussion stellen, uns aber zur Programmerarbeitung schon zusammengeschlossen haben.

4. AUFBAU UND BESTANDTEILE DES PROGRAMMS

4.1 UNSERE VORBILDER

Wie können wir nun in der Programmfrage weiterkommen? - Indem wir uns auf diejenige programmatische Klarheit stützen, die in der revolutionären Arbeiterbewegung schon erarbeitet wurde und sie um die neuen Fragen unserer Epoche erweitern. Dabei stehen die westdeutschen Kommunisten vor einer schwierigen Situation. Seit dem Erfurter Programm von 1891 ist von der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands kein systematisches Programm mehr ausgearbeitet worden, auf das wir uns stützen könnten. Das Oktoberprogramm der Spartakus-Gruppe von 1918, das Programm der KPD von 1918/19, die Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes von 1930, Resolution und Manifest der Brüs-

seler Parteikonferenz von 1935, die Resolution der Berner Konferenz von 1939, der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, sie alle sind eher Erklärungen mit Aufrufcharakter oder taktische Feststellungen, die auf eine bestimmte Klassenkampfsituation bezogen waren, als programmatische Grundlagen für die Arbeit in einer Partei. Das bedeutet nicht, daß diese Dokumente der deutschen Kommunisten für uns bedeutungslos wären, aber keines von ihnen taugt in seiner Anlage als direktes Vorbild für unsere heutige Programmarbeit.

Stützen müssen wir uns daher heute im wesentlichen neben dem "Kommunistischen Manifest" auf die Programmdebatte in der alten Sozialdemokratie bis zum Erfurter Programm, auf die Auseinandersetzungen um das Programm der russischen Partei von 1903, sowie auf die Erweiterung dieses Programms 1918 durch Aufnahme eines Teils über den Imperialismus und zur Ära der proletarischen Revolution. Wir müssen heranziehen das Programm der III. Internationale von 1928. Weiterhin müssen wir uns stützen auf die Materialien der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, in denen die grundlegenden Anschauungen des Marxismus gegen den modernen Revisionismus wieder herausgearbeitet wurden. Letzteres ist insbesondere deshalb wichtig, weil auch das Programm einer revolutionären kommunistischen Organisation in Westdeutschland geprägt sein muß durch die Auseinandersetzung mit dem modernen Revisionismus als einer weltweiten Erscheinung.

Wenn wir heute die Programmdebatte aufnehmen, so können wir uns zwar stützen auf die reichen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, aber es ist kein deutsches Vorbild vorhanden, auf das sich "ganz natürlich ... alle Blicke" richten würden. Wir werden uns deshalb bei der Erörterung des Aufbaus und der Bestandteile des Programms anlehnen an die russischen Programme von 1903 und 1918, nicht anders als es Lenin getan hat, als er davon sprach, daß er das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie "nachahmen" wolle.

Nach diesem Hinweis auf die Vorbilder unseres Programms und die Methode unseres Vorgehens sollen im Folgenden sein Aufbau und seine einzelnen Bestandteile erörtert werden, um daraus die Arbeitsaufgaben abzuleiten, die vor der Formulierung eines Entwurfs bewältigt werden müssen.

4.2 WESTDEUTSCHLAND IST EIN IMPERIALISTISCHES LAND

Ausgehen müßte das Programm von einer Charakteristik der Entwicklungsstufe des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Westdeutschland, die folgende Aussagen enthalten sollte: Der Kapitalismus hat sich in Deutschland seit Anfang des 20. Jahrhunderts zu seiner höchsten Form, dem Imperialismus, entwickelt. Nach Niederlagen in zwei imperialistischen Kriegen um die Neuverteilung der Welt ist der westdeutsche Kapitalismus wieder zum Imperialismus herangewachsen, der den Kampf um die Weltherrschaft aufnimmt.

Ein solcher Anfang ist wichtig, weil noch immer die Entwicklung des "Kommunistischen Manifest" gilt, daß "der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler" ist (MEW 4, S. 473). Das bedeutet: Das Programm der westdeutschen Kommunisten muß Anklage gegen den bestimmten westdeutschen Kapitalimus erheben, und das kann er nur, wenn es seine Entwicklungsstufe wissenschaftlich genau charakterisiert. Es muß von vornherein eindeutig klargestellt werden, daß unser Programm eine Kriegserklärung an den westdeutschen Kapitalismus in seiner imperialistischen Form ist, eine Kriegserklärung der Arbeiterklasse in erster Linie an die eigene in Westdeutschland und Westberlin herrschende Bourgeoisie.

Und noch aus einem weitern Grund ist die Voranstellung einer solchen Passage wichtig: "Der Imperialismus ist die fortschreitende Unterdrückung der Nationen der Welt durch eine Handvoll Großmächte. Er ist die Epoche der Kriege zwischen ihnen um die Erweiterung und

Festigung der nationalen Unterdrückung. Er ist die Periode des Betruges an den Volksmassen durch die heuchlerischen Sozialpatrioten, d. h. durch Leute, die unter dem Vorwand der "Freiheit der Nationen" des "Selbstbestimmungsrechts der Nationen", der "Vaterlandsverteidigung" die Unterdrückung der Mehrheit der Nationen der Welt durch die Großmächte rechtfertigen und verteidigen. Eben deshalb muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den sozialdemokratischen Programmen bilden, da diese Einteilung das Wesen des Imperialismus ausmacht." (Lenin, Bd. 21, S. 416). Und eben deshalb ist die Feststellung von zentraler Bedeutung für alle folgenden Punkte des Programms, daß Westdeutschland ein imperialistisches Land ist, dessen Bourgeoisie nicht nur das eigene Proletariat ausbeutet, sondern ebenfalls an der Ausplünderung und Unterdrückung der Völker der Welt beteiligt ist. Daraus folgt zugleich, daß für das westdeutsche Proletariat nicht die Aufgabe besteht, zum Vorkämpfer der nationalen Befreiung zu werden, mit anderen Worten: daß die nationale Frage für Deutschland keine revolutionäre Frage ist, sondern als Frage der Wiedervereinigung von Staaten nach dem Sieg des westdeutschen Proletariats gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie behandelt werden muß, und daß wir nicht die Aufgabe haben, das Programm des gesamtdeutschen Proletariats festzulegen.

4.3 DIE ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS UND DIE SPALTUNG DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT IN KLASSEN

Nach dieser Anfangspassage müßte umrissen werden, daß der Kapitalismus sich auf der Grundlage der Warenproduktion durch Enteignung der selbständigen Kleinproduzenten entwickelt und die Gesellschaft in Bourgeoisie und Proletariat gespalten hat, daß seine weitere geschichtliche Tendenz die Konzentration und Zentralisation der Kapitale in immer weniger Händen ist bei gleichzeitiger Entwicklung der kooperativen Formen des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter. Daß einebeständig abnehmende Zahl der Kapitalmagnaten "alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren" bei gleichzeitigem Wachstum der "Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung" (Kapital I, S. 790).

Was die sachliche Richtigkeit der Marxschen Worte angeht, so werden wir ständig das Material über die Lage des westdeutschen und internationalen Proletariats zusammentragen, um an diesem Material den Beweis zu führen, daß: 1. die Worte Marxens eine Tendenz bezeichnen, die Wirklichkeit wird ohne den Klassenkampf des Proletariats gegen diese Tendenz; 2. daß diese Worte zutreffen im Sinne einer Zunahme des "sozialen Elends", d. h. des wachsenden Mißverhältnisses zwischen der Lage des Proletariats und dem Lebensniveau der Bourgeoisie - "einem Niveau von gesellschaftlichen Bedürfnissen, die zusammen mit dem riesigen Wachstum der Arbeitsproduktivität steigen" (Lenin, Bd. 4, S. 228) und 3. daß Zunahme des Elends, "auch des furchbarsten physischen Elends, bis zum Hunger und Hungertod einschließlich in den Grenzgebieten des Kapitalismus (d. h. in den Ländern und in den Zweigen der Volkswirtschaft, in denen der Kapitalismus eben erst entsteht und auf vorkapitalistische Zustände stößt) Massenausmaße annimmt" (aaO, S. 228).

Die Worte Marxens, welche die grundlegenden und wesentlichen Eigenschaften des Kapitalismus absolut richtig charakterisieren, liefern zugleich "ein riesiges Material für die Agitation", weil sie "eine ganze Reihe von Erscheinungen resümieren, die die Arbeitermassen am meisten bedrücken, aber auch am meisten empören": Arbeitslosigkeit, niedriger Lohn, Akkordschinderei, Bespitzelung, Unfälle, Frühinvalidität, Wohnungsmisere usw. Diese "genaue Kennzeichnung der verderblichen Folgen des Kapitalismus und der Notwendigkeit, der Unvermeidlichkeit der Empörung der Arbeiter" sind auch für uns die Scheidelinie, die wir gegen das Meer von Sozaildemokratismus, reformistischer Plänemacherei, Mitbestimmung - und Sozialpartnerschaftsillusionen ziehen. Wir grenzen uns damit ab von allen Vorstellungen,

in Übereinkunft mit der Bourgeoisie und ihrem Staat etwas für die Arbeiter tun zu können und bestehen darauf, daß nur die mit Notwendigkeit vom Kapitalismus hervorgetriebene Bewegung der Arbeiterklasse selbst die Befreiung des Proletariats erkämpfen wird.

Aber noch aus einem weiteren, aktuellen Grund ist die Aufnahme der Marxschen Worte im Programm unabdingbar: die kommunistische Bewegung in Westdeutschland umfaßt aufgrund ihrer besonderen Entwicklungsbedingungen viele Menschen, die nicht die Erfahrung des Elends zur Erkenntnis gebracht hat, sondern durch die ideologische Krise der Bourgeoisherrschaft zum Kampf gegen das Elend getrieben wurden, daß die kapitalistische Gesellschaft produziert. Heute, wo es darum geht, das Programm einer Organisation zu schreiben, die an verschiedenen Orten in die Kämpfe des Proletariats schon eingegriffen hat, muß entschieden gebrochen werden mit allen aus der Herkunft vieler Genossen herrührenden Tendenzen, den Marxismus-Leninismus vorwiegend als Feld für theoretische Erörterungen, nicht als Waffe im Kampf gegen sehr reale Erscheinungen des westdeutschen Kapitalismus zu betrachten. Gerade bei der Liquidierung eines hinter theoretischer Geschliffenheit sich verbergenden praktischen Opportunismus werden Marxens Worte über das vom Kapitalismus produzierte Elend eine entscheidende Waffe sein.

Wenn wir am Anfang dieses Abschnittes des Programms die Erwähnung der Warenproduktion als der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise für erforderlich halten, so aus zweierlei Gründen: 1, weil sich die Sache wirklich so entwickelt hat, denn die Warenproduktion hat den Kapitalismus geboren, dieser aber hat sich zum Imperialismus entwickelt. 2., weil dieser allgemeine weltgeschichtliche Ausgangspunkt zugleich unentbehrlich ist, um die Grundlagen des Sozialismus zu klären, um darzustellen, daß der Kampf der Arbeiterklasse um den Kommunismus nicht nur gegen das kapitalistische Lohnsystem sich richtet, sondern auch gegen die Warenproduktion, auf deren Grundlage es entstanden ist. Die Erwähnung der Warenproduktion ist also wichtig, um die ökonomische Perspektive beim Aufbau des Sozialismus programmatisch klar bestimmen und gegen die revisionistische Theorie von der "sozialistischen Warenproduktion" entschieden vorgehen zu können.

Ebensowenig wie wir auf die Erwähnung der Warenproduktion verzichten können, ebensowenig können wir auf die Charakterisierung des Kapitalismus verzichten, des Kapitalismus, der noch nicht Imperialismus geworden ist. Denn : "nirgendwo in der Welt hat der Monopolkapitalismus ohne freie Konkurrenz in einer Reihe von Wirtschaftszweigen existiert und wird er je existieren" (Lenin: VIII. Parteitag, Bd. 29, S. 153). Imperialismus und Monopolkapitalismus sind nur "ein Überbau über dem Kapitalismus". Wenn dieser Überbau, wie etwa in den Jahren unmittelbar nach Ende des 2. Weltkrieges, zerfällt, wenn - wie die Revisionisten sagen- "die Monopole zurückgedrängt sind", so tritt in Hamsterei und Schwarzmarktproduktion der alte Kapitalismus zutage. Unser Programm muß aussprechen, was ist: "Es gibt den alten Kapitalismus, der auf einer ganzen Reihe von Gebieten zum Imperialismus geworden ist. Seine Tendenzen sind nur imperialistisch. Die Grundfragen können nur vom Standpunkt des Imperialismus betrachtet werden. Es gibt keine bedeutende Frage der Innen- oder Außenpolitik, die anders als vom Standpunkt dieser Tendenz entschieden werden könnte. Nicht davon spricht jetzt das Programm. In Wirklichkeit existiert der gewaltige Untergrund des alten Kapitalismus" (Lenin, Bd. 29, S. 154). Wer diese Wirklichkeit nicht sieht, sich auf den "Kampf gegen die Monopole" beschränken will, der tut so, als "hätten wir es mit einem einheitlichen Imperialismus zu tun, der den Kapitalismus durch und durch umgeformt hätte. Es würde sich dann ein System ergeben, wo alles allein dem Finanzkapital untergeordnet wäre. Dann bräuchte man nur die Spitze zu entfernen und das übrige dem Proletariat übergeben. Das wäre außerordentlich angenehm, aber so etwas gibt es in der Wirklichkeit nicht". Mehr noch: "Nirgendwo in der Welt hat der Monopolkapitalismus ohne freie Konkurrenz in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen existiert und wird er je existieren" (aaO, S. 153).

Unsere beste Waffe gegen die revisionistische Theorie vom Kampf ausschließlich gegen die Monopole unter Hinzuziehung der nicht-monopolistischen Bourgeoisie als Bundesgenossen ist die Konstatierung der Tatsache, daß das Proletariat seinen Kampf gegen den Kapitalismus insgesamt führt und dabei gerade auch gegen die tiefsitzenden Grundlagen des Imperialismus im alten Kapitalismus sich richten muß. Es geht eben nicht nur um die Zertrümmerung der Spitze, sondern um die "Bloßlegung des Fundaments" und um seine Zertrümmerung. Darum ist es unbedingt notwendig, die Entwicklung des Kapitalismus aus der Warenproduktion und seine Fortentwicklung zum Imperialismus im Programm darzustellen. "Das Programm beginnt - und muß beginnen- mit den einfachsten Erscheinungen des Kapitalismus, um überzugehen zu den komplizierteren und "höheren", vom Tausch zur Warenproduktion, zur Verdrängung der Kleinbetriebe durch die großen, zu den Krisen usw. bis zum Imperialismus...." (Lenin, Bd. 24, S. 466). Denn: "Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund aus um, und er kann es auch nicht. Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er 'verknotet' die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. beseitigen kann der Imperialismus nicht" (aaO, S. 465). Und noch ein weiterer Grund ist für diesen systematischen Aufbau unseres Programms - vom Kapitalismus auf der Grundlage der Warenproduktion zum Imperialismus - entscheidend. Er betrifft das klassenmäßige Herangehen an die Frage des Programms. Die Studentenbewegung ist zur Kritik des Kapitalismus gekommen über die Erfahrung der Schrecken des Imperialismus. Das ist für das Proletariat als unmittelbar ausgebeuteter Klasse nicht der Fall. Die systematische Entwicklung der Sache stimmt hier auch mit der Lage der Arbeiterklasse überein. Für die Arbeiterklasse steht am Anfang die Erfahrung der eigenen Ausbeutung und des eigenen Elends und vom Programm der Kommunisten erwarten die Arbeiter zunächst Antwort auf die Frage nach deren Ursache, um dann, bei der Erörterung des Kampfes, alle Bedingungen für ihren Sieg dargelegt zu finden.

Nach diesem Exkurs über die Notwendigkeit einer Passage über Warenproduktion und Entwicklung des Kapitalismus gehen wir weiter. Der Erklärung über die "wachsende Masse des Elends" muß ein kurzer Hinweis auf die Einbeziehung immer neuer Schichten in die kapitalistische Produktion folgen: von Frauen und ungelernten, rechtlosen ausländischen Arbeitern. Anschließend sollte sich eine Passage, welche die kapitalistischen Krisen charakterisiert und die Notwendigkeit ihres Auftretens betont. Zusammengefaßt werden müßte dieser ganze erste Abschnitt durch die Feststellung, daß sich der Abgrund zwischen der Klasse der Eigentümer an Produktionsmitteln und der Klasse des Proletariats ständig vertieft und erweitert.

Wir sind der Auffassung, daß dieser ganze erste Teil des Programms, der die Charakteristik des Kapitalismus enthält, in enger Anlehnung an das Erfurter Programm, Lenins Programm Entwurf von 1902 und das Programm der SDAPR von 1903 formuliert werden kann. Diese Programme geben die Sache richtig wieder und das ist entscheidend. Es ist nicht unsere Aufgabe, orginell zu sein!

4.4 DER PROLETARISCHE KLASSENKAMPF

Folgen muß auf diesen ersten Teil eine Charakteristik des proletarischen Klassenkampfes, die als wesentliche Bestandteile enthalten muß:

1. Darlegung des Ziels dieses Kampfes : Übergang aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische, d. h. Aufhebung der Warenproduktion und Konzentration der Produktion von Gebrauchswerten "in den Händen der assoziierten Individuen", wodurch die Grundlage für die Klassenspaltung beseitigt wird. Aufhebung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit. Umwandlung der gesamten Gesellschaft in ein freies Arbeitervolk. "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensät-

zen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (Kommunistisches Manifest, MEW 4, S. 482)
2. Darlegung der Internationalität der Arbeiterbewegung, die mit der Herausbildung des kapitalistischen Weltmarktes möglich wurde und in dem gemeinsamen Interesse der Arbeiter aller Länder an Niederwerfung der kapitalistischen Ausbeutung und der Unterdrückung ihre Grundlage hat. Bekundung, daß die in unserer Organisation zusammengeschlossenen westdeutschen Kommunisten sich als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats betrachten, der dasselbe Endziel verfolgt, das die Kommunisten aller anderen Länder anstreben : Mit der Beseitigung des Klassengegensatzes im Innern einer jeden Nation zugleich die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander und die Ausbeutung einer Nation durch die andere zu beseitigen.

3. Darlegung der notwendigen Vorbedingung für die soziale Revolution : Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und Errichtung der proletarischen Diktatur, d.h. Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die es befähigen wird, jeden Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken und breiteste Demokratie für die arbeitenden Massen durchzusetzen. Daraus folgt, daß der Befreiungskampf der Arbeiterklasse notwendig politischer Kampf ist. "Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren." (Kommunistisches Manifest, MEW 4, S. 481)

4. Darlegung der Notwendigkeit, die proletarische Diktatur während der ganzen Übergangsperiode zum Kommunismus aufrechtzuerhalten und den Klassenkampf gegen alle Tendenzen der kapitalistischen Restauration fortzusetzen bis zum endgültigen Sieg der kommunistischen Weltrevolution und dem Absterben des Staates. - Eine solche Passage ist notwendig, weil in ihr die vor allem von der KP Chinas unter Führung Mao Tse-tungs zusammengefaßten Erfahrungen über den sozialistischen Aufbau in ihrer allgemeinsten Form niedergelegt werden müssen. Diese theoretisch von Mao Tse-tung zusammengefaßte Erfahrung über die Fortführung des Klassenkampfes nach der proletarischen Revolution ist die wesentliche Erweiterung des wissenschaftlichen Sozialismus, die über Lenin und Stalin hinaus, zum ersten Mal systematisch die politischen Fragen des sozialistischen Aufbaus behandelt und sich dabei auf die Erfahrungen der chinesischen Revolution stützt, die in der Kulturrevolution die Bewegungsform für die Austragung der Widersprüche unter der proletarischen Diktatur auch praktisch herausgebildet hat.

Eine solche Passage in unserem Programm ist insbesondere deshalb erforderlich, um damit den revisionistischen "Theorien" vom "Staat des ganzen Volkes" entgegenzutreten, die zu dem Zweck erfunden werden, die wirklich vollzogene Liquidierung der proletarischen Diktatur in den ehemals sozialistischen Ländern zu rechtfertigen. Gegenüber diesen in den verschiedensten Spielarten vorgetragenen Verdrehungen des Marxismus muß unser Programm den ursprünglichen Sinn der Marxschen Lehre von der proletarischen Diktatur wieder herstellen, die nichts anderes ist als der Staat der "politischen Übergangsperiode" während der revolutionären Umwandlung "zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft" (Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 28).

4.5 DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTEN

Im Anschluß an diesen Abschnitt müssen die Aufgaben der Kommunisten dargelegt werden. Hier ist aufzuzeigen, daß die Organisation der Kommunisten keine von den Interessen des Proletariats getrennten Interessen hat, daß sie sich die Aufgabe stellt, das Proletariat zur Erfüllung seiner historischen Mission zu befähigen, es zu einer selbständigen politischen Partei zu organisieren, die sich allen bürgerlichen

Parteien entgegenstellt. Daß sie sich deshalb die Aufgabe stellt, den Klassenkampf des Proletariats in allen seinen Erscheinungsformen zu leiten, dem Proletariat den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausbeuter und den Interessen der Ausgebeuteten zu enthüllen und ihm die geschichtliche Bedeutung und die notwendigen Bedingungen der bevorstehenden sozialen Revolution klarzumachen. In diesem Abschnitt sind auch die beiden obersten Grundsätze kommunistischer Taktik anzuführen : Die Verbindung des Alltagskampfes mit dem Kampf um das Endziel und der Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf. - Hier muß schließlich dargestellt werden, daß die kommunistische Organisation in ihre Reihen alle Schichten der Werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung ruft, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

Diese Reihenfolge, zunächst die Hervorhebung der klassenbedingten Sonderstellung des Proletariats und dann Aufruf an alle, ist besonders notwendig in einer Zeit, in der die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterklasse gerade den Versuch macht, die Existenz einer besonderen Arbeiterklasse zu leugnen und sie untergehen zu lassen im Meer der "Arbeitnehmerschaft". Wir können deshalb die Besonderheit der Arbeiterklasse, einzig wirklich revolutionäre Klasse der modernen Gesellschaft zu sein, nicht genug hervorheben. Diese Hervorhebung des Proletariats richtet sich insbesondere auch gegen alle revisionistischen Lohnarbeiter-Theorien, welche die Arbeiterklasse nur noch als "Hauptkraft" des antimonopolistischen Bündnisses kennzeichnen, nicht mehr als führende Klasse in der Revolution. Der Standpunkt der Revisionisten führt mit Notwendigkeit zur Leugnung der proletarischen Revolution, denn : "Wüßten wir positiv, daß das Kleinbürgertum (und die neue Mittelklasse; d. V.) das Proletariat unterstützen wird, wenn das Proletariat seine, die proletarische Revolution vollbringt, so wäre es überflüssig, von "Diktatur" zu reden, denn dann wäre uns vollauf eine so überwiegende Mehrheit gesichert, daß wir auch ohne Diktatur sehr gut auskämen.... Die Anerkennung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats ist aufs engste und untrennbar verbunden mit der Feststellung des "Kommunistischen Manifests", daß nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ist." (Lenin 6, S. 37)

4.6 EXKURS : WIE WIRD DIE NEUE MITTELKLASSE IM PROGRAMM BERÜCKSICHTIGT ?

Die Bestimmung, daß das Proletariat einzige selbständige revolutionäre Klasse ist, muß festgehalten werden auch für die heutige, von der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus geprägte Gesellschaft. In dieser ist die Vernichtung der alten Mittelklasse, der Bauern und der selbständigen Kleinproduzenten, schon ziemlich weit fortgeschritten. Unser Programm kann dabei die verschiedenen Übergangsstufen der Vernichtung der alten Mittelklasse nicht im einzelnen charakterisieren. Es genügt, wenn es diesen gerade heute mit großer Schärfe verlaufenden Prozeß feststellt. Eine solche Feststellung bedeutet allerdings nicht, daß die Arbeiterklasse die verbliebenen Teile der alten Mittelklasse vernachlässigen dürfte. Welche Politik sie positiv ihnen gegenüber verfolgen muß, das darzulegen ist Sache des praktischen Teils des Programms. Wobei wir vorgreifend schon sagen können, daß wir noch nicht in der Lage sind, z. B. ein Agrarprogramm der Arbeiterklasse für die westdeutschen Bauern zu formulieren. Insbesondere in diesem Punkt wird also unser Programm ergänzungsbedürftig bleiben.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus wird - auf der Grundlage einer ungeheuren Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Ausbeutung des Proletariats - aber gleichzeitig eine neue Mittelklasse herausgebildet. Diese Klasse ist dadurch gekennzeichnet, daß sie - wie das Proletariat - dem Lohnverhältnis unterworfen ist und keine Produktionsmittel besitzt. Aber zugleich durch den Umstand, daß sie nicht durch ihre eigene Arbeit ihren Gegenpol - das Kapital - produziert.

Diese ökonomische Differenz der beiden Klassen : Das Proletariat produziert jene fremde Macht sich selbst gegenüber, welche die gesamte

Gesellschaft und zuvörderst das Proletariat selbst, in Fesseln schlägt, aussaugt und unterdrückt, während die neue Mittelklasse diesem Verhältnis zwar auch unterworfen ist, es aber nicht produziert, diese ökonomische Differenz also tritt politisch darin zutage, daß nur das Proletariat die sozialistische Revolution konsequent zu Ende führen kann, bis zur restlosen Vernichtung der Kapitaleigenschaft der Produktionsmittel, der Aufhebung des Lohnsystems und der Warenproduktion sowie der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit durch die Verwandlung der gesamten Gesellschaft in ein Gebrauchswerte produzierendes und sich aneignendes Arbeitervolk.

Mit den Worten Le Duans : "...die Arbeiterklasse wird nicht nur elend unterdrückt von der Bourgeoisie und ausgebeutet und ist von daher fest entschlossen, den Kapitalismus zu stürzen, sondern sie ist auch Repräsentant einer fortschrittlichen Produktionsweise - der sozialistischen -, deren grundlegende Voraussetzungen schon in der kapitalistischen Produktion vorhanden waren." Und sie ist Repräsentant einer neuen Produktionsweise, weil sie "direkt aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen und direkt mit der großen industriellen Produktion verbunden ist. Aus diesem Grund ist sie die fortgeschrittenste Klasse, die allein in der Lage ist, sogar die Welt umzugestalten und Organisator der neuen Gesellschaft zu sein, der zukünftigen Gesellschaft der Menschheit, der kommunistischen Gesellschaft". (Le Duan: Die historischen Aufgaben der Arbeiterklasse in der vietnamesischen Revolution, zitiert nach : Arbeiter-Zeitung, Sonderdruck Vietnam, S. 24)

Wenn so einzig das Proletariat führende Klasse in der sozialistischen Revolution sein kann, so bestehen doch innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zwischen dem Proletariat und dem größten Teil der neuen Mittelklasse keine wesentlichen Interessendifferenzen: beide sind zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen und erleiden alle Folgen der Unsicherheit, der Arbeitsqual und des materiellen und sozialen Elends, die aus diesem Zwang erwachsen. Wichtig ist dabei allerdings, die Einschränkung zu machen, daß diese Folgen vom "größten Teil", nicht von der Gesamtheit der neuen Mittelklasse erlitten wird. Als Lohnabhängige, deren Arbeitskraft nicht wegen ihrer Fähigkeit zur Wert- bzw. Mehrwertproduktion gekauft wird, sondern wegen des jeweils besonderen Gebrauchswerts, der erworben wird, zerfällt die Mittelklasse in eine Vielzahl voneinander abgrenzbarer Gruppen. Die Entwicklung des Kapitalismus hat zur Verallgemeinerung des Lohnverhältnisses über all diese Gruppen hinweg geführt, aber für zahlreiche Tätigkeiten ist das Lohnverhältnis auch heute noch rein formell geblieben. So bemisst sich etwa das Gehalt eines Hochschullehrers, der als besonders befähigter Bourgeois-Ideologe sich einen Namen gemacht hat, nicht nach den Reproduktionskosten für seine Arbeitskraft, sondern enthält weit darüber hinausgehende Zusatzgratifikationen. Das gleiche gilt etwa für einen Fernsehkommentator, der sich als gewiegter Pfaffe bei der Verhimmelung der Bourgeois-Diktatur bewährt hat. Das gilt ebenso für Management-Positionen, bei deren Inhabern das Lohnverhältnis völlig äußerlich bleibt gegenüber den für die Wahrnehmung von Kapitalfunktionen erhaltenen Gratifikationen, die nichts anderes bedeuten als die Aneignung von Teilen des Mehrwerts.

In diesen Erscheinungen wird deutlich, daß die neue Mittelklasse als zwischen den Extremklassen der bürgerlichen Gesellschaft angesiedelten Klasse, an ihren Rändern übergeht sowohl in die Bourgeoisie als auch ins Proletariat. Denn - und das ist die andere Seite - viel massenhafter als diese in die Bourgeoisie hineinwachsende Teile sind die Teile der neuen Mittelklasse, die als Kaufhausangestellte, als Schreibkräfte in den Büros usw. voll dem Lohnverhältnis unterworfen sind und in unmittelbarer Nähe des Proletariats sich bewegen, zumal bei vielen von ihnen produktive und unproduktive Arbeit sich unmittelbar vermengen (z. B. bei Verkäuferinnen, Transport und Verkauf der Waren).

Die Politik der Kommunisten muß deshalb berücksichtigen, daß die Mittelklasse in sich selbst vollkommen uneinheitlich ist. Denn die verschiedenen Gruppen und Schichten der Mittelklasse sind erst allmählich dem Lohnverhältnis unterworfen worden und dieser Prozess ist

bei weitem noch nicht abgeschlossen. Soweit nun Teile der Mittelklasse diesem notwendigen und vereinheitlichenden Prozess sich entgegenstellen und und über die Verteidigung des Werts ihrer Arbeitskraft hinaus ihre Sonderstellung gegenüber dem Proletariat verteidigen und Sonderrechte für sich beanspruchen, müssen sie sich notwendig auf die Seite der Bourgeoisie schlagen. Als vom Imperialismus hervorgetriebene Klasse, besitzt die Mittelklasse keinerlei ökonomische Grundlagen für eine eigenständige Politik. Und anders als bei der alten Mittelklasse, z.B. den Bauern, die eine historisch perspektivlose Produktionsweise verkörpern, wird das Proletariat gegenüber der neuen Mittelklasse auch nicht mit einem Sonderprogramm auftreten. Proletarische Politik gegenüber der neuen Mittelklasse besteht gerade darin, die gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen an der Verteidigung des Werts ihrer Arbeitskraft und an der Überwindung des Lohnsystems herauszuarbeiten; gleichzeitig aber alle Sonderansprüche zu bekämpfen. Die Politik, die auf Vereinheitlichung der Lohnabhängigen und Überwindung des Lohnsystems zielt, ist eben keine Politik der Lohnabhängigen, sondern die Politik des Proletariats, weil einzig das Proletariat die Perspektive der Überwindung der Lohnarbeit selbständig entwickeln kann aufgrund der Tatsache, daß es das Kapitalverhältnis, die Teilung des Arbeitstages in notwendige und Mehrarbeit selbst produziert, während für alle anderen Lohnarbeiter das Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeit nur in Analogie zum Industrieproletariat sich durchsetzt.

Deshalb handelt es sich immer um Politik des Proletariats gegenüber einer anderen Klasse, also um Bündnispolitik, unabhängig davon, wie nah die Interessen von großen Teilen der neuen Mittelklasse bei denen der Arbeiterklasse liegen. Das gilt nicht nur für die auf Vereinheitlichung aller lohnabhängigen Teile des Volkes zielende Politik der Arbeiterklasse unter der Herrschaft des Kapitalismus, sondern noch viel ausdrücklicher für die ganze Phase bis hin zur klassenlosen Gesellschaft. Denn: nach Aneignung der Poduktionsmittel durch den proletarischen Staat hat nur das Proletariat als Hauptproduzent des gesellschaftlichen Reichtums und als Träger der vergesellschafteten Produktion das uneingeschränkte Interesse, weiter zu gehen bis zur völligen Aufhebung der Klassen und jeden Versuch zu vereiteln, daß aus den Verwaltungsfunktionären des proletarischen Staates eine Bourgeoisie neuen Typs sich entwickelt, die darauf abzielt, das Staatsmonopol an Produktionsmitteln in ihren Händen zu konzentrieren und die private Aneignung und Verfügung durch eine gemeinsam handelnde neue Bourgeoisie wieder herzustellen. Weil im Kapitalismus das Proletariat den gesellschaftlichen Reichtum als Kapital produzieren muß und seinen eigenen, Kapitaleigenschaft annehmenden Produkten ständig unterworfen bleibt, kann nur das Proletariat die Gesellschaft in einen Zustand führen, wo sie gemeinschaftlich und mit Willen und Bewusstsein produziert und ihre eigenen Produkte als ihr gemeinsames Eigentum behandelt. Keine andere Klasse ausser der unmittelbar vergesellschaftet produzierenden kann den gesellschaftlichen Arbeitsprodukten der Menschen ihre Fremdheit nehmen und muß es tun, um ihrer eigenen Befreiung willen. Eine Klasse, die - selbst dem Lohnsystem unterworfen - die Verwaltung, den Verkauf usw. der Arbeitsprodukte betreibt und damit in der Aufrechterhaltung der Wertproduktion und in der Realisierung der Werte ihre Besonderheit gegenüber dem Proletariat hat, kann - solange sie in dieser Besonderheit beharrt - den Arbeitsprodukten nicht ihre Fremdheit nehmen und darum nicht führende Klasse in der sozialistischen Revolution sein.

Soweit zu den Besonderheiten der neuen Mitteklasse, die massenhaft erst vom Imperialismus auf der Grundlage einer ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der Fesseln privater Aneignungsverhältnisse hervorgetrieben wurde. Das Programm wird diesem Zusammenhang Rechnung tragen, indem es:

1. Die Sonderstellung des Proletariats hervorhebt in dem Abschnitt, der sich nach Darlegung der Entwicklung des Kapitalismus mit dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes befasst:"Es ist unbedingt erforderlich, sich zunächst von allem abzugrenzen und einzig und al-

lein, ausschließlich das Proletariat auszusondern - und erst dann zu erklären, daß das Proletariat alle befreien wird, daß es alle ruft, alle auffordert" (Lenin, Bd. 6, S. 63).

2. Indem es das Ziel des proletarischen Klassenkampfes dahingehend genau bestimmt, daß die Aufhebung der Trennung von Hand und Kopfarbeit, sowie die Verwandlung der gesamten Gesellschaft in ein freies Arbeitervolk dabei aufgeführt wird, woraus die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur zu folgern ist.

3. Indem es die Entstehung der neuen Mittelklasse in dem Abschnitt aufführt, der sich mit dem Imperialismus befasst und sein parasitäres, die weiter Entfaltung der Produktivkräfte hemmendes Wesen charakterisiert. Und indem es weiter klarstellt, daß der Imperialismus Schrecken, Elend, Unterdrückung, Verwilderung und Ruin nicht nur über die Arbeiterklasse sondern über das ganze Volk bringt, auch über die neue Mittelklasse, daß also die Entwicklung der neuen Mittelklasse die Polarisierung der bürgerlichen Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen nicht aufhebt, sondern vorantreibt, weit über den Zustand hinaus, wo zwischen Bourgeoisie und Proletariat eine breite Klasse selbständiger Kleinproduzenten angesiedelt war.

4. Indem es keine besonderen demokratischen und ökonomischen Forderungen für die neue Mittelklasse in seinem praktischen Teil aufstellt. Soweit ihre Interessen fortschrittliche sind, gehen sie vielmehr voll in die demokratischen und ökonomischen Forderungen des Proletariats ein.

5. Indem wir innerhalb des Programms das Wort "neue Mittelklasse" nicht verwenden. Die Entwicklung des ökonomischen Begriffs der neuen Mittelklasse in der Begründung des Programms ist notwendig, um gegenüber allen revisionistischen Lohnarbeiter-Theorien das Proletariat als einzig revolutionäre Klasse hervorzuheben. Aber diese, zwischen Proletariat und Bourgeoisie angesiedelte neue Mittelklasse, die in der lohnabhängigen, nicht mehrwertschaffenden Arbeit ihre gemeinsame ökonomische Bestimmung hat, kann - anders als Proletariat und Bourgeoisie - keine politisch selbständige und ihrer Einheit bewußte Klasse werden. Es gibt kein gemeinsames Klassenbewusstsein der neuen Mittelklasse und kann es auch nicht geben. Soweit sich ihre Angehörigen als Ausgebeutete und Lohnabhängige verstehen, tendieren sie politisch zum Proletariat, soweit sie auf ihren besonderen Berufsfunktionen bestehen, bewegen sie sich auf die Bourgeoisie zu. Wir werden deshalb in unserem Programm immer vom Proletariat und den übrigen Lohnabhängigen sprechen.

Wir haben in diesem Abschnitt der weiteren Entwicklung der Sache schon vorgegriffen und fahren jetzt fort in der Darlegung der Bestandteile des Programms.

4.7 DER IMPERIALISMUS

Auf den Abschnitt, der die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur darlegt und die Aufgaben der Kommunisten bestimmt, muß die Charakteristik des Imperialismus folgen und damit einhergehenddie Aktualität der proletarischen Revolution betont werden. Notwendig ist die proletarische Diktatur für die Befreiung der Arbeiterklasse schon im 19. Jahrhundert gewesen. Die Ära der proletarischen Revolution, d. h., der auf breiter Front erfolgende Angriff des internationalen Proletariats gegen den niedergehenden Kapitalismus aber bricht erst mit dem ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution an.

Im einzelnen muß hier dargelegt werden, daß der Imperialismus, die Epoche des Finanzkapitals, ökonomisch dadurch gekennzeichnet ist, daß die Monopole entscheidende Bedeutung erlangt haben, das hochkonzentrierte Bankkapital sich mit dem Industriekapital verschmolzen hat, der Kapitalexport nach fremden Ländern sehr große Ausmasse erreicht hat, die territoriale Aufteilung der kapitalistischen Welt unter die reichsten Länder abgeschlossen ist und die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Kapitalverbände immer weiter fortschreitet.

Dabei werden wir Lenins Formulierung, daß die territoriale Aufteilung der Welt abgeschlossen ist, dahingehend verändern, daß wir von kapitalistischer Welt sprechen, von all jenen Ländern also, die in den kapitalistischen Weltmarkt einbezogen sind und die sozialistischen Länder ausgrenzen. Ansonsten aber werden wir an der Bestimmung, welche die territoriale Aufteilung der Welt betont, festhalten. Das ist notwendig, weil der mit dem Zusammenbruch der englischen, französischen, niederländischen und belgischen Kolonialreiche nach dem zweiten Weltkrieg sich durchsetzende Neokolonialismus, sich ebenfalls nicht auf ökonomische Ausplünderung der zurückgebliebenen Länder beschränkt, sondern die verschiedensten Formen der politischen und militärischen Unterdrückung von Ländern und formell selbständigen Regierungen entwickelt hat, um Einflußsphären zu sichern. Bei dieser neokolonialistischen Politik, deren Hauptexponenten die beiden imperialistischen Supermächte sind, bedienen sich die miteinander konkurrierenden internationalen Kapitalverbände und die bürokratische Monopolbourgeoisie neuen Typs in der Sowjetunion nach wie vor der imperialistischen Nationalstaaten und Staatenblöcke als ihrer politischen und militärischen Instrumente. Darüber hinaus ist festzuhalten, daß der alte Kolonialismus als Form der territorialen Aufteilung der Welt nach wie vor existiert und bei der Sicherung von Einflußsphären immer wieder auch direkt kolonialistische Unterdrückung sich durchsetzt.

Das aber bedeutet, daß der mit politischen und militärischen Mitteln betriebene Konkurrenzkampf um Einflußsphären, der aktuell besonders verschärft wird durch das Auftreten der Sowjetunion als einer sozialimperialistischen Macht und durch den Angriff der westeuropäischen Staaten auf die Vorherrschaft des US-Imperialismus, daß dieser Kampf um Einflußsphären nach wie vor die Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege mit sich bringt.

Im Programm muß sich deshalb an die ökonomische Charakterisierung des Imperialismus die Feststellung anschließen, daß bei solcher Lage der Dinge imperialistische Kriege unvermeidlich sind, Kriege sowohl zwischen imperialistischen Staaten um die Neuverteilung der Welt, geführt entweder in der Form von Stellvertreterkriegen zwischen jeweils von einer anderen imperialistischen Macht abhängigen Regierungen oder unmittelbar gegeneinander, als auch Kriege zur Unterdrückung der um ihre Befreiung kämpfenden Völker.

Das Programm wird dann übergehen zu der Erklärung, daß der Imperialismus ein so hoch entwickelter Kapitalismus ist, daß die Vergesellschaftung der Produktion über die Grenzen privater Aneignung hinausdrängt und im Monopol als dem "direkten Gegensatz zur freien Konkurrenz" (Lenin, Bd. 22, S. 27) sich die Form heranbildet, die auf dem Boden der privaten Aneignung selbst deren Grenzen zu überwinden versucht.

Stellt so schon das aus der freien Konkurrenz gesetzmäßig hervorwachsende Monopol den Versuch dar, auf der Grundlage der Warenproduktion dem Zwang zur Vergesellschaftung der Produktion zu entsprechen, was zur ständigen Verletzung des Wertgesetzes und damit zur Verschärfung aller Widersprüche führt, so wird diese Entwicklung auf die Spitze getrieben durch die Herausbildung des Staatsmonopolismus in allen imperialistischen Ländern seit dem 1. Weltkrieg. Das Programm muß diese Entwicklung charakterisieren und betonen, daß der Staatsmonopolismus vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus ist, ein so hoher Vergesellschaftungsgrad der Produktion , daß in der Tendenz auch die Grenzen privater Monopolbildung gesprengt werden und das Staatsmonopol zu ihrer notwendigen Ergänzung wird. Daß auf der Basis der Kapitalherrschaft diese Entwicklung zur schroffsten Zuspitzung aller kapitalistischen Widersprüche führt, weil keine Verstaatlichung, kein Versuch der staatlichen Planung und Regulierung der Produktion die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte aufhebt. Denn "der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das

Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung." (Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 222).

Die wirkliche Lösung, in welcher der gesellschaftliche Charakter der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt wird, dadurch daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege von ihnen Besitz ergreift, kann nicht anders organisiert werden als durch Zerschlagung des bürgerlichen Staates, nicht durch seine Benutzung wie die Revisionisten glauben machen wollen. Darum dürfen wir den Hinweis auf die Entwicklung zum Staatsmonopolismus nur als einen "... Beweisgrund ... für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit und Dringlichkeit der sozialistischen Revolution" anführen, "keineswegs aber (als) ein Argument dafür, daß man die Ablehnung dieser Revolution und die Beschönigung des Kapitalismus, wie dies bei allen Reformisten zu finden ist, tolerant hinnehmen solle."(Lenin: Staat und Revolution, Bd. 25, S. 456). Je schärfer wir diesen Punkt herausarbeiten, desto schärfer werden wir uns von den revisionistischen Theorien der "antimonopolistischen Demokratie", der "demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" abgrenzen und die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staates, seines Militär-, Polizei-, Justiz und Verwaltungsapparates betonen und ihre Ersetzung durch allgemeine Volksbewaffnung, Volksgerichte und Räte propagieren, in denen die Massen die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar selbst in die Hand nehmen. Je deutlicher wir also die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur betonen, um so klarer werden wir den Revisionismus bekämpfen können. Wir orientieren uns dabei an Lenins Satz: "Unter Staatsapparat sind vor allem das stehende Heer, die Polizei und die Beamtenschaft zu verstehen ... Den 'Staatsapparat' 'in Besitz nehmen' und ihn 'in Gang setzen' kann das Proletariat nicht. Es kann aber alles zerschlagen, was dem alten Staatsapparat der Unterdrückung dient, alles, was es in ihm an Schablone, unverbesserlich Bourgeoisem gibt, und an dessen Stelle seinen eigenen, neuen Apparat setzen. Dieser Apparat sind eben die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten und Bauerndeputierten."(Lenin:Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten, Bd. 26, S. 84f.)

Unser Programm wird also nicht - wie einige halbschlächtige Kritiker am Revisionismus es tun - die Existenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus bestreiten. Es wird im Gegenteil die Entwicklung des Kapitalismus bis zum Staatsmonopol, das neben dem Privatmonopol und neben der freien Konkurrenz existiert, ausdrücklich betonen, aber es wird die revisionistischen Schlußfolgerungen auf ökonomischem (Abschwächung der Widersprüche) und politischem Gebiet (nicht Zerschlagung, sondern Nutzung des bürgerlichen Staates) zurückweisen und bekämpfen.

Auf die ökonomische Charakterisierung des Imperialismus und seiner Entwicklung zum Staatsmonopolismus muß die Erklärung folgen, daß der Imperialismus im Ableben begriffen, aber noch nicht abgelebter, sterbender, aber noch nicht gestorbener Kapitalismus ist. Das heißt, es muß die ökonomische, soziale und politische Fäulnis charakterisiert werden, welche der Kapitalismus auf seiner imperialistischen Stufe notwendig hervortreibt. Daß er zum Hemmnis geworden ist für die Entfaltung der Produktivkräfte. Daß er sich gelegentliche ökonomische Aufschwungphasen erkaufen muß durch Krisen und Kriege, in denen massenhaft Werte vernichtet werden, deren Verwandlung in Kapital nicht mehr gelingt. Daß er die Ausbeutung der produktiven Arbeit auf eine solche Stufe gebracht hat, daß er davon einen ständig weiter aufgeblähten, parasitären Bereich im staatlichen Unterdrückungs-und Verwaltungsapparat, für die Verwaltung privater Kapitale, in der Sphäre der Zirkulation usw. unterhält. Daß er damit eine neue unproduktive Mittelklasse massenhaft hervortreibt, die - obwohl als Lohnarbeiter ausgebeutet - doch der produktiven Arbeit entzogen wird. Daß er zugleich alle Bereiche, die der gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen dienen, wie Schulen, Gesundheitswesen usw. verkommen läßt. Daß der Kapitalismus, der beim Aufkommen

der bürgerlichen Gesellschaft die Fahne der politischen Freiheit und der Demokratie entfaltete, politisch in seinem imperialistischen Stadium Reaktion auf der ganzen Linie bedeutet. Alle diese Erscheinungen des Niedergangs, der Fäulnis und Verkommenheit müssen dahingehend zusammengefaßt werden, daß der Imperialismus Schrecken, Elend, Unterdrückung, Verwilderung und Ruin über die Menschen bringt.

4.8 DIE ÄRA DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

Von dem Schrecken des Imperialismus muß das Programm weitergehen zur Empörung der Massen über die Schrecken. Das geschieht in der Feststellung, daß die Epoche des Imperialismus zugleich die Ära der proletarischen sozialistischen Revolution eröffnet hat. Zum Beleg werden wir anführen die Oktoberrevolution von 1917, die volksdemokratischen Revolutionen nach 1945, die chinesische, koreanische und vietnamesische Revolution, die kubanische Revolution und die Entstehung eines sozialistischen Lagers nach 1945.

Der Erklärung, daß nur die proletarische sozialistische Revolution die Menschheit aus der Sackgasse herauszuführen vermag, in welche der Imperialismus sie getrieben hat, muß der Hinweis auf die Schwierigkeiten und zeitweiligen Mißerfolge, auf die Wellen der Konterrevolution folgen. Hier ist anzuführen die faschistische Konterrevolution in Deutschland und in Italien und das Auseinanderbrechen des sozialistischen Lagers, die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und ihre Verwandlung aus einem Staat der proletarischen Diktatur in eine sozialimperialistische Macht, beides Vorgänge, die besonders auf das deutsche bzw. westdeutsche Proletariat eine stark demoralisierende Wirkung gehabt haben und die wir deshalb nicht übergehen dürfen. Schließlich muß festgestellt werden, daß der endgültige Sieg des Proletariats über alle Schwierigkeiten hinweg unausbleiblich ist. Daß mit dem Erstarken der nationalen Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus die sozialistische Revolution aufgehört hat, nur ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie zu sein, sondern der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Imperialisten und Ausbeuter in den fortgeschrittenen Ländern sich mit den nationalen Befreiungsbewegungen gegen den internationalen Imperialismus vereinigt. Daß mit dieser Verwandlung der Reserven des internationalen Imperialismus in Sturmzentren der Revolution die Phase eingetreten ist, in der die Haupttendenz in der Welt die Revolution ist.

Auf diese Darlegung dieser objektiven Entwicklung müssen wir im Programm die Feststellung folgen lassen, daß das westdeutsche Proletariat seinen Platz in der internationalen Armee des Proletariats und der unterdrückten Völker nur einnehmen kann, wenn es in Westdeutschland den Kampf um die proletarische Diktatur führt. Im Befreiungskampf der Arbeiterklasse eines imperialistischen Landes, innerhalb dessen die Entwicklung des Kapitalismus zur Überwindung aller feudalen Relikte geführt hat, in dem die Polarisierung der Klassen extrem weit fortgeschritten und die Bourgeoisie auch politisch schon lange herrschende Klasse ist, im Befreiungskampf der Arbeiterklasse eines solchen Landes gibt es vor der Eroberung der proletarischen Diktatur keine Zwischenetappen mehr. Eroberung der politischen Macht durch das westdeutsche Proletariat, um diejenigen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen durchzuführen, die den Inhalt der sozialistischen Revolution bilden, das ist die unmittelbar nächste Aufgabe im Befreiungskampf des westdeutschen Proletariats. Die allseitige Vorbereitung des westdeutschen Proletariats auf diesen entscheidenden nächsten Schritt seines Klassenkampfes ist damit die unmittelbare Aufgabe der westdeutschen Kommunisten.

4.9 DER KAMPF GEGEN DEN OPPORTUNISMUS

Hier muß sich anfügen der Hinweis, daß zur Erfüllung dieser Aufgabe, die revolutionäre Einheit unter den westdeutschen Arbeitern, das engste brüderliche Bündnis zwischen den Arbeitern aller fortgeschrittenen

Länder und mit den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völkern, sowie mit den sozialistischen Ländern erforderlich ist. Daß, um diese Einheit herzustellen, jeder bürgerliche sozialdemokratische Einfluß auf die Arbeiterbewegung bekämpft werden muß, ebenso wie die revisionistische Entstellung des Marxismus durch diejenigen Parteien, die im Fahrwasser des russischen Sozialimperialismus schwimmen.
Soweit unsere Auffassung von den Bestandtteilen, welche der allgemeine Teil unseres Programms umfassen muß. Der praktische Teil des Programms muß zwei Bereiche umfassen: 1. demokratische Forderungen und 2. wirtschaftliche Forderungen für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen.

4.1o DIE DEMOKRATISCHEN FORDERUNGEN

Der Teil, der die demokratischen Forderungen darlegt, muß von zwei Gesichtspunkten her entwickelt werden. Zum einen von der Tendenz des Imperialismus zur Reaktion, zum Abbau der bürgerlichen Demokratie und dem spontan gegen diese Reaktion sich richtenden demokratischen Bestrebungen der Massen, zum anderen von der Bestimmung der proletarischen Diktatur als breitester Demokratie für die Massen unter Führung des Proletariats.

Das bedeutet zunächst einmal, daß der Widerstand der Massen gegen politische Unterdrückung nichts ist, was die Kommunisten künstlich erfinden müßten: " Wo Unterdrückung ist, da gibt es Widerstand!" und unsere Aufgabe besteht darin, die Formen aufzufinden, in denen der Widerstand gegen die vom Imperialismus erzeugte Unterdrückung sich äußert. Das bedeutet aber zugleich, nicht bei den spontanen Widerstandsaktionen stehenzubleiben, sondern in ihnen die Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten. Welches aber sind die Interessen des Proletariats im demokratischen Kampf?

Im Jahr 1907 schrieb Lenin über die "grundlegenden Züge der englisch-amerikanischen Arbeiterbewegung", also über die Arbeiterbewegung in den Ländern, in denen der Kapitalismus schon weit entfaltet und die bürgerliche Demokratie durchgesetzt war: "Diese Züge sind das Fehlen irgendwie bedeutender gesamtnationaler demokratischer Aufgaben des Proletaritats; die vollständige Unterordnung des Proletariats unter die bürgerliche Politik; die sektiererische Losgelöstheit der sozialistischen Grüppchen und Häuflein vom Proletariat; das Ausbleiben auch des geringsten Wahlerfolges der Sozialisten bei den Arbeitermassen usw. ... Wenn Engels unter derartigen Bedingungen solchen Nachdruck auf die ökonomischen Organisationen der Arbeiter legt, so deshalb, weil es sich um die am weitesten ausgebildeten demokratischen Zustände handelt, die dem Proletariat rein sozialistische Aufgaben stellen."(Lenin: Vorwort zu den Briefen an Sorge, Bd. 12, S. 362f.)
Auch Westdeutschland ist ein Land, in dem die bürgerliche Revolution abgeschlossen ist. Auch bei uns stellen sich dem Proletariat keine gesamtnationalen demokratischen Aufgaben mehr in dem Sinn, daß es zur Aufgabe des Proletariats würde, im Kampf um die bürgerliche Republik die Einheit der Nation (worin die Bourgeoisie eingeschlossen ist) gegen die feudal-bürokratische Monarchie herzustellen. Auch dem westdeutschen Proletariat stellen sich damit in seiner Revolution rein sozialistische Aufgaben, d. h. die Aufgabe der ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse. Weil dieser Endzweck des proletarischen Klassenkampfes jedoch nur mit politischen Mitteln, durch Errichtung der proletarischen Diktatur erreicht werden kann, darum stellt sich über die ökonomische Organisation der Arbeiter hinaus, in der sie sich gegen die Kapitalisten zusammenschließen, für die Arbeiterklasse die Aufgabe, die Einheit des Volkes gegen die Bourgeoisie und gegen den bürgerlichen Staat herzustellen, um diesen Staat in der Revolution zu brechen und die proletarische Diktatur aufrichten zu können.

Die Herstellung der Einheit des Volkes gegen die Bourgeoisie und gegen den bürgerlichen Staat ist für die Arbeiterklasse möglich, weil der Widerstand gegen imperialistische Unterdrückung mit dem Fortschreiten der Reaktion immer breitere Schichten der werktä-

tigen Massen ergreift, und weil einzig die Arbeiterklasse diesem Widerstand eine politisch fortschrittliche Perspektive zeigen kann. Denn das Proletariat hat nicht nur als ausgebeutete Klasse keine ökonomischen Privilegien zu verlieren, sondern es ist zugleich als politisch unterdrückte Klasse durch keinerlei Sonderrechte an den bürgerlichen Staat als Träger der Unterdrückung gebunden. Die Arbeiterklasse kennt keine Standesehre und keine Standesrechte. Ihre Lage erlaubt es ihr nicht, für sich als eine besondere Klasse politische Rechte zu beanspruchen, die sie anderen Teilen des Volkes verweigert. Ihr gesamter Befreiungskampf zielt auf die Aufhebung ihrer selbst als einer besonderen Klasse, während alle anderen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der Arbeiterklasse auf ihrer Besonderheit verharren.

Die Arbeiterklasse ist damit zugleich die einzig konsequent demokratische Klasse. "Der Klassencharakter unseres politischen Programms und unserer politischen Forderungen kommt (darum) gerade in der Vollständigkeit und Folgerichtigkeit des Demokratismus zum Ausdruck." (Lenin: Brief an den Nordbund, Bd. 6, S. 157) Das bedeutet, daß allein die Arbeiterklasse durch ihre Diktatur ernst machen kann mit dem Anspruch, daß alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen müsse, und daß das Volk jederzeit das Recht hat, die von ihm delegierte Gewalt zu kontrollieren und wenn sie seinen Interessen zuwiderläuft, sie zu stürzen.

Wenn andere Schichten unserer Gesellschaft gegen die zunehmende imperialistische Reaktion Widerstand leisten, so liegt dieser Widerstand spontan auf der Linie, gegenüber dem Druck des kapitalistischen Staates ein Feld für ihre eigene freie Entscheidung frei zu halten, die Kompetenzen des Staates ihm gegenüber einzugrenzen. So fordern die Hochschulangehörigen das Recht auf freie Bestimmung von Forschung und Lehre, die Staatsangestellten mehr Mitbestimmungsrechte bei der Regulierung ihres Arbeitsprozesses, die Lehrer mehr Einfluß auf die Bestimmung des Lehrplans usw. Selbst die fortschrittlichen Schichten dieser in Widerspruch zum kapitalistischen Staat stehenden Teile des Volkes gehen jedoch von sich aus nicht weiter bis zur Forderung nach vollständiger Demokratisierung, etwa in der Forderung nach unmittelbarer Verantwortlichkeit aller Beamten und Staatsangestellten vor dem Volk. "... Außer dem Proletariat würde keine einzige dieser Schichten eine völlige Demokratisierung des Beamtentums zulassen, weil es bei allen anderen Schichten (der Bourgeoisie, dem Kleinbürgertum, der "Intelligenz" überhaupt) Fäden gibt, die sie mit dem Beamtentum verbinden, weil alle diese Schichten mit dem russischen Beamtentum verwandt sind. Wer wüßte nicht, wie leicht sich im heutigen Rußland die Verwandlung eines radikalen Intellektuellen, eines sozialistischen Intellektuellen in einen Beamten der kaiserlichen Regierung vollzieht - in einen Beamten, der sich damit tröstet, daß er im Rahmen seiner Kanzleiroutine "Nutzen" bringe -, einen Beamten, der mit diesem Nutzen seinen politischen Indifferentismus, seine Kriecherei vor der Regierung der Knute und der Peitsche zu rechtfertigen sucht." (Lenin: Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten, Bd. 2, S. 340) Man ersetze hier das "heutige Rußland" durch die schachernde Bundesrepublik, die "kaiserliche Regierung ... der Knute und Peitsche" durch sozialdemokratische "Reformministerien" mit ihren von Versprechungen lebenden Zuckerbrotprojekten, über welchen die Peitsche des Berufsverbots geschwungen wird, und man hat eine getreue Schilderung des Weges, den auch bei uns viele radikale Intellektuelle gegangen sind.

In den verschiedenen Widerstandsaktionen der ausgeplünderten und unterdrückten Volksmassen die Linie des Proletariats zu vertreten, d. h. deshalb, überall die Auffassung zu verbreiten: "Wenn die Masse des Volkes nicht über die Staatsmacht in ihrem ganzen Umfang verfügt, wenn im Staat auch nur irgendeine vom Volk nicht gewählte, nicht absetzbare und nicht ganz und gar vom Volke abhängige Macht zurückbleibt, dann ist eine wirkliche Befriedigung der dringlichen und heute allen zu Bewußtsein gekommenen Bedürfnisse unmöglich." (Lenin; Bd. 11, S. 13) Das und nichts anderes ist die proletarische Linie im demokratischen Kampf.

Wenn in Westdeutschland die demokratische Bewegung noch weitgehend unter der Losung antritt: Verwirklichung der Verfassung! so wird darin offenbar, wie wenig bisher noch die proletarische Linie im demokratischen Kampf entfaltet und durchgesetzt werden konnte. Denn, ist es prinzipiell schon illusionär, gegen die Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft mit ihrem verhimmelten politischen Spiegelbild in der Verfassung vorgehen zu wollen, so ist es doppelt illusionär angesichts des bundesrepublikanischen Grundgesetzes, das im Ernst überhaupt keine demokratische Verfassung ist. Es erkennt zwar in Artikel 20, Absatz 2 die Volkssouveränität an, indem es formuliert: "Alle Gewalt geht vom Volk aus", um jedoch noch im selben Absatz festzulegen, daß die vom Volk ausgehende Gewalt "durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung ausgeübt" werden. Diese vom Grundgesetz geforderte Gewaltenteilung zu "verwirklichen" liegt nun keineswegs im Interesse des Proletariats: "Hier haben wir den alten Verfassungsunsinn. Die Voraussetzung für eine 'freie Regierung' ist nicht Trennung, sondern die Einheit der Gewalten. Die Regierungsmaschine kann gar nicht einfach genug sein. Es ist immer die Kunst der Spitzbuben, sie kompliziert zu machen." (MEW 7, S. 498).

Diese "Kunst der Spitzbuben" hat in der Grundgesetzkonstruktion einen in der deutschen Verfassungsgeschichte einzigartigen Höhepunkt erreicht: nicht nur daß diese Verfassung jeden direkten Einfluß der Volksmassen auf die Bestimmung der Politik auszuschalten versucht (ein Volksentscheid ist nicht vorgesehen, und als die FDJ Anfang der 50er Jahre einen herbeiführen wollte, wurde sie deswegen verboten), im westdeutschen Grundgesetz ist darüber hinaus die Möglichkeit niedergelegt worden, alle angeblich garantierten Grundrechte zu entziehen. Das Grundgesetz bedient sich dabei des Tricks, mit "Feinden der Verfassung" zu argumentieren. Wer ein Feind der Verfassung ist, wird von einem Bourgeois-Gericht "im Namen des Volkes" und gegen die Interessen des Volkes festgestellt. Was die Allgemeingültigkeit seiner Regeln und der von ihm proklamierten Rechte angeht, so fällt das Grundgesetz nicht nur hinter die Weimarer Verfassung, sondern selbst hinter die Verfassung des wilhelminischen Kaiserreiches zurück. Sich demgegenüber auf den "ursprünglichen Sinn" der Verfassung zu berufen, und ihre "Verwirklichung" zu fordern, ist eine reaktionäre Losung, welche die Entfaltung des demokratischen Kampfes hemmt und ihn in die falsche Richtung treibt.

Auf ein reines Betrugsmanöver aber läuft es hinaus, wenn etwa von den Revisionisten erklärt wird, selbst die soziale Umwälzung, die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse sei auf der Basis dieses Grundgesetzes möglich. Sie beziehen sich dabei auf Artikel 15 zum Grundgesetz, der - nachdem im Artikel 14 das Eigentum garantiert wird - die Möglichkeit einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorsieht, allerdings nur, wenn eine Entschädigung gezahlt wird. Wie ein Staat, der in jeder Verfassungsbestimmung und in jedem darauf aufgebauten Gesetz die Volksmassen aus der Politik auszuschalten versucht, wie ein solcher Staat zur politischen Form werden soll, in der das Proletariat seine soziale Emanzipation erkämpfen kann, darüber verlieren diese Betrüger an der Arbeiterklasse kein Wort. Ihre Politik läuft darauf hinaus, den in der bürgerlichen Verfassung angelegten Massenbetrug, zu unterstützen und zu festigen.

Schon der liberale Staat des 19. Jahrhunderts war gerade nicht darauf bedacht, die Massen in die Politik, d. h. in die Entscheidung der öffentlichen Angelegenheiten einzubeziehen, sondern einen privaten, von Staatseingriffen freien Sektor auszugrenzen: die bürgerliche Gesellschaft und in ihr den Spielraum der freien Konkurrenz. Je breiter dieser Spielraum durch allgemein geltende bürgerliche Rechte gezogen war, desto liberaler der Staat. - Dieser liberale Typus von Demokratie aber ist von der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus überholt worden. Die Bourgeoisie als zunächst nur ökonomisch herrschende Klasse, ist längst mit der Aufgabe fertig geworden, sich gegenüber der vom feudalen Königtum besetzten Regierungsgewalt einen Freiraum für ihre Geschäfte zu ertrotzen. Ihr eigener geschäftsführen-

der Ausschuss hat längst schon die Regierungsgewalt inne, und er nutzt sie zur ständigen Beschneidung der Volksrechte im Interesse der zur Vorherrschaft gelangten und ihre Vorherrschaft verteidigenden und ausbauenden Monopolbourgeoisie. Die demokratischen Forderungen des Proletariats können dieser notwendigen Entwicklung gegenüber nicht Bestandteil eines Programm der "Erneuerung" der bürgerlichen Demokratie sein, sondern müssen auf ihre Zertrümmerung zielen. Denn das Proletariat führt seinen Kampf nicht mit dem Ziel, die Gewalt des bürgerlichen Staates zu beschneiden, sondern in der Absicht, die politische Macht für sich selbst zu erobern, weil es - anders als die Bourgeoisie - nicht die Freiheit von der Staatsmacht braucht, sondern die Staatsmacht selbst, um die seinen Klasseninteressen gemäße sozialistische Produktionsweise durchzusetzen.

Daß unter bestimmten Umständen einer aktuell drohenden faschistischen Gefahr, wenn die Bourgeoisie ihre ökonomische und politische Krise nicht anders lösen kann als durch völlige Zerschlagung ihrer eigenen, bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Rechtsstaates, daß es unter solchen Umständen zur politisc hen Hauptaufgabe der Arbeiterklasse werden kann, der Bourgeoisie diesen Ausweg im antifaschistischen Kampf zu verstellen und damit die revolutionäre Krise herbeizuführen, daß ist eine andere Frage, die nicht Bestandteil des Programms sondern Gegenstand ta ktischer Erörterungen und Resolutionen ist. Grundsätzlich aber ist festzuhalten, daß der demokratische Kampf im Imperialismus nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn er offensiv geführt wird, d.h. mit Tendenz auf die proletarische Demokratie und die proletarische Revolution.

Wenn die politische Tendenz des Imperialismus Reaktion ist, und wenn diese Tendenz nicht zufällig, sondern gesetzmäßig sich durchsetzt, dann ist es ein spießbürgerlicher Stumpfsinn, gegen diese Tendenz die Hoffnung auf die alte bürgerliche Demokratie zu setzen, auf die bürgerliche Legalität, den Rahmen der Verfassung usw. Revolutionäre Politik besteht darin, die Verschärfung der Widersprüche voranzutreiben; aufzuzeigen, daß alle Maßnahmen der Reaktion und gerade auch ihre "legalen" Maßnahmen Ausfluß der Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen sind und daß die Massen ihre Rechte nur verteidigen und erweitern können, indem sie sich diese nehmen, indem sie selbst in die Politik eingreifen, ohne sich auf den ausformulierten Rahmen der bürgerlichen Legalität zu beschränken. Praktische Einbeziehung breitester Massen in die Politik, das ist aber nicht nur Mittel auf dem Weg zur proletarischen Diktatur, sondern das ist ihr unverzichtbarer Bestandteil.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus sind demokratische Forderungen also danach zu beurteilen, ob sie geeignet sind, breiteste politische Aktivität nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des gesamten Volkes zu gewährleisten und hervorzurufen. Und sie sind daran zu messen, ob in der Verfolgung dieser Forderungen die Einheit des Volkes gegen den kapitalistischen Staat sich herstellen kann. Darum werden wir Forderungen, die auf die Behauptung von Sonderrechten hinauslaufen, nicht aufgreifen, weil wir als konsequente Demokraten innerhalb des bürgerlichen Staates auf dem Grundsatz der gleichen Rechte für jedermann beharren. Wo wir "Sonderforderungen" aufstellen, tun wir das in Hinblick auf die Beseitigung von Sonderrechten oder Sonderpflichten, z.B. wenn wir die Abschaffung des Beamtenrechts fordern.

Nicht aufstellen werden wir weiterhin Mitbestimmungsforderungen für die Angehörigen staatlicher Institutionen. Solche Forderungen laufen zwar gemeinhin unter der Bezeichnung der "Demokratisierung" bestimmter Bereiche. In Wirklichkeit aber handelt es sich bei ihnen keineswegs um Forderungen, die auf uneingeschränkte Durchsetzung der Volksherrschaft, d.h. auf unmittelbare Unterstellung aller staatlichen Funktionen unter den Willen des Volkes zielen, sondern "Demokratisierung" wird in dem Sinn verstanden, daß die in den staatlichen Institutionen Arbeitenden "mitbestimmen" sollen. Das läuft dann darauf hinaus, daß etwa die ausgebeutete Schreibkraft in einer Behörde gemeinsam mit dem Abteilungsleiter "mitbestimmt" über die Tätigkeit einer gegen die Volksinteressen gerichteten Institution, und nicht die Ein-

heit des Volkes gegen seine Unterdrücker hergestellt wird - durch die staatlichen Institutionen hindurch. Diese Mitbestimmungs- und "Demokratisierungs"-Forderungen fallen nicht nur hinter das Prinzip der Demokratie, d. h. der uneingeschränkten Volkssouveränität zurück, sondern sogar noch hinter den liberalen Staat mit seinen allgemeinen Regeln, in dem sie nämlich Korporativrechte für bestimmte Gruppen proklamieren; Gruppen, in denen die Träger der Unterdrückung und die Unterdrückten gemeinsam sich wiederfinden, vergleichbar dem mittelalterlichen Zunftwesen.

Wenn diese Forderungen heute eine massenhafte Verbreitung finden, so hat das seine Ursache in der Ausdehnung politischer Aktivitäten auf neue Schichten (z. B. die Staatsangestellten). Aber so sehr diese Ausweitung von politischen Aktivitäten zu fördern ist, so deutlich muß doch die Richtung bekämpft werden, in der sie spontan sich äußern. Zumal die Kanalisierung der demokratischen Bestrebungen der Massen in die Gewährung von Korporativrechten ein immer wichtiger werdender Hebel des bürgerlichen Staates im Imperialismus ist, um das Volk zu spalten und seine einzelnen Gruppen an sich zu binden. Diese Tendenz des bürgerlichen Staates im Imperialismus zur Spaltung des Volkes in "mitbestimmende", über besondere Korporativrechte verfügende Gruppen, die Herrschende und Beherrschte umfassen, findet ihren zugespitzten Ausdruck im faschistischen Staat.

Aufgabe der Kommunisten ist es, jede gegen den bürgerlichen Staat gerichtete politische Aktivität zu unterstützen und in ihr die fortschrittlichen auf Vereinheitlichung des Volkes zielenden Momente voranzutreiben, alle auf Sonderrechte gerichteten Bestrebungen aber zu bekämpfen. Nur dann kann es uns gelingen, die vielfältigen Widerstandsaktionen gegen die Unterdrückung zum Kampf für die proletarische Diktatur zu vereinigen. Die proletarische Diktatur wird erkämpft und aufgebaut durch die einheitlich gegen die Ausbeuterklasse und ihren Staat gerichtete Aktivität der Massen. Ihre entwickelte Form sind die Räte.

Demokratische Forderungen nun, die dem Kriterium entsprechen, eine breite und einheitliche Aktivität der Massen zu gewährleisten und hervorzurufen, müssen unterschieden werden nach solchen, die prinzipiell mit dem Kapitalismus und dem bürgerlichen Staat vereinbar sind und solchen, die erst von der Arbeiterklasse mit Hilfe ihrer Diktatur verwirklicht werden können. Prinzipiell mit dem bürgerlichen Staat vereinbar meint dabei nicht, daß sie innerhalb des Rahmens sich bewegen müßten, der etwa vom Grundgesetz und von den juristischen Lakaien der westdeutschen Bourgeoisie als verfassungskonform abgesteckt worden ist, bezieht sich also nicht auf einen bestimmten bürgerlich-parlamentarischen Staat sondern auf den bürgerlichen Staat als Organ der Diktatur der Bourgeoisie allgemein. So ist etwa die Bewaffnung des Proletariats und Entwaffnung der Bourgeoisie eine revolutionäre Maßnahme, die erst unmittelbar im Vollzug der Revolution und unter der proletarischen Diktatur durchführbar ist. Die Forderung aber nach Abschaffung der stehenden Heere und allgemeiner Volksbewaffnung ist nicht generell mit dem Typus des bürgerlichen Staates unvereinbar, wie die Verhältnisse in der Schweiz aber auch das von amerikanischen Verfassungen gewährte Bürgerrecht auf Waffenbesitz bestätigen. Unvereinbar aber ist sie sicherlich mit den konkreten Herrschaftsbedingungen der westdeutschen Bourgeoisie. Wenn wir eine solche - sicher fortschrittliche Forderung - aufstellen, so wird sie -anders als im 19. Jahrhundert - zwar nicht mehr unter Teilen des Bürgertums selbst noch Anhänger finden, vielmehr werden alle besitzenden Klassen heute den sichersten Schutz ihres Eigentums in der Entwaffnung der Bevölkerung - auch ihrer eigenen Entwaffnung - und der bewaffneten Garantie ihrer Besitztümer durch den Staat sehen. Insofern kann eine solche demokratische Forderung nicht mehr die Aufgabe haben, die Zahl der Kampfbereiten zu erweitern, auch über diejenigen hinaus, deren objektives Interesse der Sozialismus ist. Dennoch ist sie unentbehrlich beim Kampf um den Sozialismus, wenn auf Schritt und Tritt herausgearbeitet werden muß, daß dieser Kampf nur politisch geführt werden kann und daß politisch den Kampf führen heißt, auch auf die "Fortsetzung des politischen Verkehrs ... mit anderen Mitteln"

(Clausewitz) vorbereitet zu sein, wann immer der Klassenfeind dazu greift.

Ähnliches gilt für die Forderung nach uneingeschränktem aktiven und passiven Wahlrecht, das in Westdeutschland durch die 5% Klausel erheblich eingeschränkt ist: da die Bourgeoisie ihre Widersprüche nicht mehr parlamentarisch austrägt, hat sie an der Freiheit der Parteibildung und der Wahlen kein Interesse mehr, sondern nur noch ein Interesse an der Stabilität und parlamentarischen Konkurrenzlosigkeit derjenigen Parteien, welche die ausgebeuteten Massen an bürgerliche Politik binden. Im Interesse der Propagierung des Sozialismus auch im Parlament durch eine proletarische Partei und um den Charakter dieser bürgerlichen Demokratie zu entlarven, werden wir die Forderung nach uneingeschränktemaktiven und passiven Wahlrecht, gegen die 5% Klausel aufstellen und damit die demokratischen Bestrebungen der Massen artikulieren.

Auch diese Forderung ist nicht unmittelbar dasselbe wie entsprechende, auf Wahlen bezogene Maßnahmen der proletarischen Diktatur. Während der Revolution selbst, solange die Räte Organe der Machtergreifung sind, wird die Bourgeoisie sich gewiss nicht an Wahlen für die Räte beteiligen, sondern ihnen im Gegenteil absprechen, überhaupt die Gesamtheit der Bevölkerung vertreten zu können. Weiterhin ist denkbar, daß in einer bestimmten Phase ausserordentlicher Stärke der Konterrevolution die proletarische Diktatur das Wahlrecht nur dem arbeitenden Volk zuerkennen wird. All diese Maßnahmen aber liegen völlig außerhalb des Rahmens der bürgerlichen Demokratie und können innerhalb ihrer Grenzen nicht gefordert werden, weil jede inhaltliche Festlegung des Wahlrechts in einen von der Bourgeoisie beherrschten Staat dazu führen muß, daß die herrschende Klasse solche inhaltlichen Bestimmungen als Waffe gegen die Arbeiterklasse verwendet. Darum bewegen wir uns bei unseren demokratischen Forderungen auf bürgerlichem Rechtsboden, wenn wir gleiche politische Rechte für jederman fordern.

Ähnliches gilt für Forderungen nach uneingeschränkter Koalitionsfreiheit, Recht auf politische Streiks, uneingeschränkter politischer Organisations-, Versammlungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit. All das sind bürgerliche Rechte, formale Rechte, bei denen uns klar ist, daß etwa die Forderung nach Pressefreiheit für einen Kapitalisten wie Springer ganz andere Möglichkeiten eröffnen, als etwa für kommunistische Zeitungen mit ihrer begrenzten Auflage. Dennoch kämpfen wir für diese Rechte in ihrer allgemeinen, bürgerlich-formalen Fassung, um sie für die Organisierung der Arbeiterklasse zu nutzen. Jeder Versuch, solche Rechte inhaltlich festzulegen, führt unmittelbar zum Opportunismus, in Gestalt des Vertrauens auf den bürgerlichen Staat, der sie auslegt. Darum werden wir z. B. - so sehr wir den Kampf gegen die Faschisten führen werden, wo immer diese auftauchen und versuchen werden, Einfluß zu gewinnen - doch nicht die Forderung nach Verbot faschistischer Organisationen aufstellen. Diese in der demokratischen Bewegung Westdeutschlands verbreitete Forderung zeugt von einem völligen Mißverständnis des demokratischen Kampfes der Arbeiterklasse im bürgerlichen Staat. Die Arbeiterklasse fordert und erkämpft sich Rechte gegen diesen Staat, z. B. das Recht auf uneingeschränkte Organisationsfreiheit. Sie wendet sich niemals an diesen Staat mit der Aufforderung, im Kampf der politischen Parteien als Schiedsrichter tätig zu werden. Genau diese Schiedsrichterrolle versucht ja der westdeutsche Staat - noch über den bürgerlichen Staat von Weimar und das wilhelminische Reich hinaus - heute wahrzunehmen. Mit dem Argument: "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit!" wurde die KPD verboten. Wenn wir dagegen für breiteste politische Aktions- und Organisationsmöglichkeiten kämpfen, so tun wir das, um der offensten und breitesten Austragung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe Raum zu schaffen und wenden uns gegen jeden Versuch des bürgerlichen Staates, die Entfaltung der Klassenkämpfe einzudämmen. Wir tun das, weil wir wissen, daß der Staat der Bourgeoisie niemals Garant der Rechte des Volkes sein kann, sondern nur das Volk selbst. Und wir sind für die Entfaltung der Klassenkämpfe, weil wir die Gewissheit haben, daß schließlich 90% der Menschen den Auffassungen der

Kommunisten und den Forderungen der Arbeiterklasse zustimmen werden.

Aber die demokratischen Forderungen unseres Programms gehen noch weiter. Sie werden nicht nur solche Forderungen umfassen, die Rechte der werktätigen Massen gegen den Staat proklamieren, sondern auch solche, die darauf abzielen, die Massen an die Entscheidung über öffentliche Angelegenheiten heranzuführen. Gerade diese Forderungen, die darauf abzielen, gegenüber allen staatlichen Funktionen die Volkssouveränität unmittelbar zur Geltung zu bringen, zielen unmittelbar auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die proletarische Diktatur. Forderungen dieser Art sind etwa die nach Volksbegehren und Volksentscheid; jederzeitige Absetzbarkeit ausnahmslos aller gewählten Abgeordneten und Beauftragten auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler; Wahl der Richter, aller höheren Beamten und aller Offiziere durch das Volk, jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler; Einheitsschule, Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung und das Recht, unerwünschte Lehrer abzuberufen usw.

Alle diese Forderungen, sowohl die, welche gleiche Rechte proklamieren, als auch diejenigen, welche die direkten demokratischen Einflußmöglichkeiten der Volksmassen erhöhen, sind nicht prinzipiell mit der bürgerlichen Gesellschaft und dem bürgerlichen Staat unvereinbar, konkret aber zielen sie auf seine Zertrümmerung hin, insofern sie erlauben, den Klassenkampf offener zu führen, deutlichere Fronten dabei auszubilden und das Feld für die politischen Aktionen der Massen zu erweitern. Es wäre falsch, diese Forderungen zu vermengen mit solchen Maßnahmen, die prinzipiell erst unter der proletarischen Diktatur durchführbar sind. Proletarische Diktatur nämlich bedeutet, nicht mehr nur die Proklamation der Pressefreiheit, sondern Beschlagnahme der in Kapitalistenhand befindlichen Druckereien durch die Arbeiterklasse und die Werktätigen. Nicht mehr Proklamation des Rechts auf Versammlungsfreiheit, sondern Beschlagnahme der für Versammlungen, Arbeiterklubs usw. geeigneten Gebäude, Villen usw.. Beides, die heute aufzustellenden Forderungen und die unter der proletarischen Diktatur durchzuführenden Maßnahmen, sind streng auseinanderzuhalten: "Die Vermengung des einen mit dem anderen führt unweigerlich zu allen möglichen kleinbürgerlichen und opportunistischen oder anarchistischen Entstellungen des proletarischen Sozialismus, verdunkelt unweigerlich die Aufgabe der sozialen Revolution, die mittels der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat vollzogen wird." (Lenin: Bd. 11, S. 185)

Insgesamt muß das Programm deutlich machen, daß der demokratische Kampf, in welchem das Proletariat alle unterdrückten Volksmassen um sich zu sammeln versucht, daß dieser Kampf mißverstanden wird, wenn er als Abwehrkampf gegen Übergriffe der machthabenden Bourgeoisie hingestellt und vom Kampf um den Sozialismus getrennt wird. Wird dieser Fehler gemacht, so kommt man mit Notwendigkeit zu einer insgesamt defensiven Bestimmung des proletarischen Klassenkampfes. Denn der wirtschaftliche Kampf kann aus sich selbst heraus niemals über die Verteidigung des Werts der Arbeitskraft hinausgehen, so militant er auch geführt werden mag. In die Offensive kommt die Arbeiterklasse nur in dem Maße, indem es gelingt, den politischen und den ökonomischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf gegen die ganze kapitalistische Ordnung zu verbinden. Diese Verbindung herzustellen und damit die Offensive der Arbeiterklasse vorzubereiten, ist oberstes Prinzip kommunistischer Taktik. Und nur wenn diese Verbindung in der konkreten Politik gelingt, wird Lenins Forderung erfüllt: "Man muß es verstehen, den Kampf um die Demokratie mit dem Kampf um die sozialistische Revolution zu vereinigen, indem man den ersten dem zweiten unterordnet. Darin liegt das ganze Wesen der Sache." (Lenin: Briefe IV, S. 344) Die sozialistische Revolution, d. h. die "ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ... (ist) ... der große Endzweck, dem jede politische Bewegung als Mittel, unterzuordnen ist." (Marx: Statuten der internationalen Arbeiterassoziation, MEW Bd. 16, S. 14) Das gilt für die proletarische Diktatur nicht anders als für jeden einzelnen Schritt im demokratischen Kampf. Und genau deshalb darf

auch der politische Kampf der Arbeiterklasse nicht von ihrem wirtschaftlichen Kampf getrennt werden, wenn er nicht zum Sektenunternehmen verkommen soll. Das Proletariat ist als Klasse bestimmt durch seine ökonomische Lage und diese äußert sich spontan im wirtschaftlichen Kampf, worin die Arbeiter sich gegen die Kapitalisten zusammenschließen. Der politische Kampf der Arbeiterklasse zieht seine Kraft aus diesem ökonomischen Kampf. Alle große Revolutionen bezeugen, daß nur die Verbindung von politischen und wirtschaftlichen Aktionen dem entscheidenden politischen Ansturm der Arbeiterklasse die genügende Breite zu geben vermochten.

Falsch wäre es indes, aus der Tatsache, daß der politische Kampf seine Kraft aus dem ökonomischen zieht, den Schluß zu ziehen, unmittelbar aus dem ökonomischen Kampf ließe sich auch die Richtung des politischen Kampfes bestimmen. Das hieße "politische Agitation auf ökonomischem Boden" betreiben zu wollen, wobei weder die Frage des politischen Bündnisses zwischen verschiedenen Klassen, noch die Notwendigkeit und Möglichkeit des Sturzes der bürgerlichen Staatsmacht in den Blick kommen kann.

Für das Programm einer kommunistischen Organisation der Arbeiterklasse ist es deshalb notwendig, in seinem praktischen Teil auch solche demokratische Forderungen aufzunehmen, die als Leitfaden für die tägliche politische Agitation "von außen", nämlich von außerhalb der Beziehungen zwischen Kapitalist und Arbeiter in der Fabrik, dienen können. Das ist notwendig, weil die Arbeiterklasse sich auf den Kampf um wirtschaftliche Forderungen nicht beschränken kann, wenn sie den Weg zu ihrer ökonomischen Befreiung gehen will. Ein Proletariat, das beim wirtschaftlichen Kampf stehenbleibt, wird ständig zurückgeworfen auf immer neue Kämpfe zur Verteidigung des Werts seiner Arbeitskraft. Hier gilt Lenins Bestimmung, daß ein "Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten" kann (Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Bd. 22, S. 145). Genau im Sinne dieser allgemeinen, auf die proletarische Diktatur und den Sozialismus hinzielenden offensiven Bestimmung, müssen die Forderungen unseres Programms entwickelt werden.

Die praktischen Forderungen der Arbeiterklasse im demokratischen Kampf dürfen sich indes nicht beschränken auf die innere Verfassung des bürgerlichen Staates. Sie müssen unter den Bedingungen des Imperialismus einbeziehen den Kampf um den Frieden und gegen die Unterdrückung kleinerer, schwächerer und weniger entwickelterer Nationen. Dabei müssen die westdeutschen Kommunisten in erster Linie solche Forderungen propagieren, die sich gegen die Bestrebungen der eigenen Bourgeoisie auf Ausdehnung ihrer Herrschaft richten, unabhängig davon, ob sich diese Bestrebungen gegen andere imperialistische Staaten oder gegen unterdrückte Länder richten. So ist für uns die Forderung nach Anerkennung der DDR auf jeden Fall aufzustellen, auch wenn wir noch nicht entscheiden können, ob die DDR wesentlich ein vom sowjetischen Sozialimperialismus unterdrücktes oder wesentlich an der Ausplünderung und Unterdrückung anderer Nationen teilnehmendes Land ist: unser Kampf richtet sich in erster Linie gegen die Expansionsbestrebungen der eigenen Bourgeoisie und auch bei innerimperialistischen Konflikten und Kriegen gilt für die Arbeiterklasse imperialistischer Länder: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Daß wir zugleich das Interesse haben, der Expansionspolitik der westdeutschen Bourgeoisie dort entgegenzutreten, wo sie sich imperialistischer Bündnisse bedient, steht damit in völliger Übereinstimmung. Darum werden wir den Abzug fremder Truppen aus Westdeutschland und den Austritt aus der NATO fordern. Wir halten es aber für falsch, auf Parität zu bestehen, indem wir gleichzeitig die Forderung aufstellen: DDR raus aus dem Warschauer Pakt! und: Abzug der sowjetischen Truppen von dort! Eine solche Forderung bedeutet für das westdeutsche Proletariat, daß es sich auf den Standpunkt des Kräftegleichgewichts zwischen den Mächten stellen und die Verteidigung der politischen und militärischen Positionen eines imperialistischen Landes zu

einer Sache machen soll. Es ist aber nicht Sache des Proletariats, sich den Kopf der eigenen Bourgeoisie zu zerbrechen, seine Aufgabe besteht allein darin, diese zu stürzen. Daß wir im Interesse des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen die prinzipielle Forderung nach Rückzug aller fremden Truppen auf ihr eigenes Territorium vertreten, steht auf einem ganz anderen Blatt und hat nichts damit zu tun, den Expansionsgelüsten der eigenen Bourgeoisie nur dann in den Weg zu treten, wenn die Bourgeoisie eines anderen Landes zu entsprechenden Zugeständnissen bereit ist.

Auf derselben Linie des Kampfes gegen die Expansionsbestrebungen der eigenen Bourgeoisie stehen Forderungen, die sich gegen Waffenlieferungen an andere Staaten bzw. gegen Finanzierung der Kriege von imperialistischen Staaten oder Bürgerkriegen von Marionetten-Regierungen richten. Konsequenter Internationalismus und konsequenter Friedenskampf heißt für die Arbeiterklasse eines imperialistischen Landes zunächst: Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, wo immer diese sich an Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der Welt beteiligt oder sie unterstützt. Wird dieser Grundsatz aufgegeben, so liefe das darauf hinaus, die westdeutsche Arbeiterbewegung zur Spielmasse der westdeutschen Bourgeoisie in innerimperialistischen Konflikten zu machen.

Daß darüberhinaus es notwendig ist, teilzunehmen an weltweiten Solidaritätsbewegungen gegen imperialistische Verbrechen, auch dann, wenn die eigene Bourgeoisie nicht unmittelbar und hauptverantwortlich dafür ist, ist eine andere Sache. So wird auch die westdeutsche Arbeiterklasse sich einreihen in die weltweite Front gegen den Aggressionskrieg, den die USA in Indochina führen, und sie wird nicht beiseitestehen, wenn in aller Welt das Proletariat und die unterdrückten Völker sich zum Protest gegen Aggressionsakte des sowjetischen Sozialimperialismus erheben, wie es geschah anläßlich der Besetzung der CSSR durch sowjetische Truppen.

Wir können indes den Kampf gegen die Weltherrschaftspläne der beiden Supermächte nicht in derselben Weise führen, in der das die Volksrepublik China zu tun vermag, die mithilfe der staatlichen Diplomatie die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten auszunutzen versucht. Dieses Mittel steht uns als Kommunisten, die noch um die Macht kämpfen in einem von der Bourgeoisie beherrschten Land nicht offen. Der Hauptwiderspruch, von dem her wir die Politik der westdeutschen Arbeiterklasse entfalten müssen, ist der zwischen Bourgeoisie und Proletariat im eigenen Land. Gehen wir davon ab und übertragen einfach die Politik der VR China, ohne auszugehen von den Kampfbedingungen des westdeutschen Proletariats, so würden wir zwangsläufig zum Spielball bürgerlicher Politik werden. Die Außenpolitik der VR China versucht z. B., die Einschränkung des Expansionsspielraums der beiden Supermächte, die durch die Herausbildung eines selbständigen imperialistischen Blocks in Westeuropa geschieht, für die Sicherung des eigenen Landes und zur Schwächung des Weltimperialismus insgesamt auszunutzen. Das ist ohne Frage eine revolutionäre Politik, die auch den Spielraum für den Befreiungskampf des Proletariats und der unterdrückten Völker erweitert. Würden wir diese richtige Politik einfach schematisch übernehmen, so liefe das darauf hinaus, dem westdeutschen Proletariat zu empfehlen, alles zu tun, um die eigene Bourgeoisie zu stärken, sich jede Ausplünderung und Unterdrückung gefallen zu lassen, damit dem US-und SU-Imperialismus ein möglichst kräftiger und raubgieriger Konkurrent entsteht. Eine kommunistische Organisation, die ihre Aufgabe derartig mißversteht, kann den Klassenkampf im eigenen Land nicht führen und sinkt zur außenpolitischen Agentur eines sozialistischen Landes herab. Der internationale Befreiungskampf des Proletariats und der unterdrückten Völker, sowie die Verteidigung der sozialistischen Länder werden dadurch geschwächt und nicht weitergetrieben. Hierzu gelten die Ausführungen der chinesischen Genossen selbst: "Wir waren auch der Ansicht, daß es für sozialistische Länder möglich ist, Abkommen durch friedliche Verhandlungen zu erreichen und mit den imperialistischen Ländern notfalls in einigen Fragen Kompromisse zu schließen, wobei gewisse wichtige Fragen nicht ausgeschlossen werden. Jedoch ist es so, wie Genosse

Mao Tse Tung gesagt hat: ' Derartige Kompromisse machen es nicht erforderlich, daß die Völker in den kapitalistischen Ländern deshalb im eigenen Land Kompromisse schließen. Die Völker aller Länder werden entsprechend ihrer jeweiligen Lage auf unterschiedliche Art und Weise kämpfen. '" (Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind, S. 275)

Unsere Aufgabe ist in erster Linie die Entfaltung des Klassenkampfes im eigenen Land und nur auf dessen Basis, auf der Basis des konsequent geführten und unzweideutig gegen die eigene Bourgeoisie gerichteten Klassenkampfes können wir unseren Platz einnehmen in der internationalen Armee des Proletariats und der unterdrückten Völker. Im Programm wird dieser Zusammenhang darin seinen Ausdruck finden, daß zuerst die Anklage gegen den westdeutschen Imperialismus und die Kampflosungen gegen die eigene Bourgeoisie aufgeführt werden und dann erst die Unterstützung des nationalen und sozialen Befreiungskampfes der Völker zum Ausdruck gebracht wird. Jede Umkehrung dieses Verhältnisses würde darauf hinauslaufen, das Bündnis zwischen Proletariat und unterdrückten Völkern nicht auf der Basis der gemeinsamen Interessen und als ein Bündnis zwischen Kämpfenden zu schliessen, sondern auf den schwankenden Boden der moralischen Entrüstung über die Verbrechen des Imperialismus zu bauen.

4.11 WIRTSCHAFTLICHE FORDERUNGEN FÜR DIE ARBEITERKLASSE UND DIE ÜBRIGEN LOHNABHÄNGIGEN

Was die wirtschaftlichen Forderungen für die Arbeiterklasse angeht, so müssen diese ebenfalls von der Art sein, daß sie prinzipiell mit der kapitalistischen Produktionsweise vereinbar sind. "Übergangsforderungen", wie die Trotzkisten sie propagieren, werden wir heute nicht aufstellen, weil sie die Bedeutung der Eroberung der Staatsmacht verdunkeln würden. So ist etwa die von den Trotzkisten zu allen Gelegenheiten propagierte Forderung nach "Arbeiterkontrolle" in bestimmten revolutionären Situationen, wenn das Proletariat unmittelbar vor der Durchsetzung seiner Staatsmacht steht - in Situationen der Doppelherrschaft etwa - , durchaus eine richtige Losung, weil sie dann einen Schritt nach vorne, hin zur Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten bedeutet. Heute aufgestellt, würde diese Losung allein die reformistische Ideologie unterstützen, die Arbeiterklasse solle Verantwortung für die Produktion mitübernehmen, die Frage der Staatsmacht aber sei zweitrangig. In der Konsequenz laufen derartige Forderungen heute auf nichts anderes hinaus als auf Mitbestimmungskonzeptionen: Die vom Kapitalismus ausgebeutete und unterdrückte Arbeiterklasse soll Mitverantwortung übernehmen für das glatte Funktionieren der Geschäfte des Kapitals. Wenn führende DKP-Autoren heute versuchen, die Mitbestimmungsforderungen "radikal" zu formulieren als Forderungen nach Arbeiterkontrolle, so ist das nur konsequent, nachdem die Revisionisten die proletarische Diktatur haben fallenlassen. Allerdings entbehrt es nicht der Ironie, wenn die Revisionisten mit starken Worten gegen die trotzkistische Gefahr in der Arbeiterbewegung wettern und dabei selbst mit einem trotzkistischen Musterköfferchen herumstolzieren: Der Verrat an der proletarischen Diktatur führt mit Notwendigkeit dahin, daß es in der Versumpfung der Politik kein Halten gibt, und es nützt dem einen Lumpen gar nichts, wenn er lauthals über den anderen herfällt: Die Gemeinsamkeit ihrer ideologischen Verlumptheit bildet auch gemeinsame Merkmale heraus.

Wir müssen festhalten: So lange die Kapitalherrschaft politisch ungebrochen ist, so lange müssen sich die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter darauf beschränken, ihre Arbeitskraft möglichst teuer zu verkaufen, sie gegen vorzeitigen Verschleiß zu schützen und einen Versicherungsschutz für alte und kranke Arbeiter zu erkämpfen. Jede Einwirkung auf Umfang und Richtung der Investitionen, Verlauf der Konjunktur usw. bleibt der Arbeiterklasse im Kapitalismus der Natur der Sache nach verschlossen.

Dieses Interesse an der Verteidigung des Werts ihrer Arbeitskraft teilt mit dem Proletariat die lohnabhängige neue Mittelklasse, soweit

sie dem Lohnverhältnis schon voll unterworfen ist. Die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse sind deshalb zugleich Forderungen der Arbeiterklasse für alle Lohnabhängigen. Das wird im Programm darin zum Ausdruck kommen, daß in seinem wirtschaftlichen Teil entweder allgemein von Lohnarbeitern oder von der Arbeiterklasse und den übrigen Lohnabhängigen die Rede ist.

Um diese beiden Gesichtspunkte - Verteidigung des Werts der Arbeitskraft und Einbeziehung der lohnabhängigen neuen Mittelklassen - zu betonen, sollte der wirtschaftliche Teil des Programms eingeleitet werden mit den wenig veränderten Worten des alten russischen Parteiprogramms: " Um die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen vor körperlicher und sittlicher Degradation zu bewahren und um sie besser zu befähigen, den Freiheitskampf zu führen, fordern die Kommunisten: ' - worauf etwa die folgenden Forderungen aufgeführt werden müßten:

1. Beschränkung des Arbeitstages für alle Lohnarbeiter auf 7 Stunden. 35 Stunden Woche.
2. Völliges Verbot der Überstundenarbeit.
3. Verbot der Nachtarbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Arbeiterorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig ist, jedoch unter der Bedingung, daß die Nachtarbeit der Arbeiter 4 Stunden nicht übersteigt.
4. Verbot für die Unternehmer, Kinder im schulpflichtigen Alter (bis zum 16. Lebensjahr) für sich arbeiten zu lassen. Beschränkung der Arbeitszeit der Jungarbeiter (16 - 2o Jahre) auf 4 Stunden und Verbot der Nachtarbeit dieser Arbeiter in gesundheitsschädlichen Produktionszweigen und Bergwerken.
5. Verbot der Frauenarbeit in jenen Wirtschaftszweigen, in denen die Arbeit für den weiblichen Organismus schädlich ist; Verbot der Nachtarbeit für Frauen; Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 1o Wochen vor und 1o Wochen nach der Niederkunft unter Fortzahlung des vollen Lohnes für die gesamte Zeit bei unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln.
6. Einrichtung von Krippen für Säuglinge und Kleinkindern bei allen Werken, Fabriken und anderen Bereichen, in denen Frauen arbeiten; Freistellung von der Arbeit für die Mütter von Säuglingen zumindest alle drei Stunden für die Dauer von mindestens einer halben Stunde, Gewährung von Beihilfen an diese Mütter und Verkürzung ihres Arbeitstages auf 6 Stunden.
7. Vollständige Sozialversicherung aller Lohnabhängigen:
   a) für alle Arten der Lohnarbeit;
   b) für alle Arten des Verlusts der Arbeitsfähigkeit - durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Berufskrankheiten, Mutterschaft, Witwenschaft und Verwaisung - , für den Fall der Arbeitslosigkeit usw.;
   c) vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen;
   d) Bestreitung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten;
   e) unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln; Übertragung des Gesundheitswesens an sich selbst verwaltende Krankenkassen, deren Leitung von den Arbeitern gewählt wird.
8. Beseitigung aller gesetzlichen Einschränkungen der Rechte der Betriebs-und Personalräte, die gewählt werden auf der Grundlage freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im Betrieb für jeden Arbeiter. Freie Betätigung der Betriebs-und Personalräte bei der Vorbereitung und Durchführung von Arbeitskämpfen. Beseitigung von Friedens-und Schweigepflicht und der Pflicht zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten.
9. Einrichtung einer von den Arbeitern gewählten Arbeitsinspektion und ihre Ausdehnung auf alle Arten von Betrieben, die Lohnarbeit verwenden, einschließlich der staatlichen Betriebe, des Haus-und Pflegepersonals usw.; Wahl von weiblichen Inspektoren in jenen Wirtschaftszweigen, in denen Frauenarbeit verwendet wird.
10. Ausbau der Gesetzgebung zur Verbesserung der Arbeitshygiene und zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter in allen Betrieben, die Lohnarbeit verwenden, bei gleichzeitiger Überführung des Sanitätswesens in die Hände einer von den Arbeitern gewählten

Sanitätsinspektion.

11. Schaffung einer Wohngesetzgebung (Festlegung einer Mindestgröße pro Person, der sanitären Mindesteinrichtung usw.) und Bildung von den Arbeitern gewählten Wohnungsinspektionen zur Kontrolle des sanitären Zustands der Wohnräume. Jedoch kann nur die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden und der Bau billiger hygienischer Wohnungen die Wohnungsfrage lösen.
12. Um die Arbeitsvermittlung an Arbeitslose im Interesse der Arbeiterklasse zu regeln, werden die Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in proletarische Klassenorganisationen verwandelt (keinesfalls paritätische Organisationen). Sie müssen in engster Verbindung mit den Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen stehen und aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden.

Diese Forderungen, die bis auf wenige Ausnahmen wörtlich dem Lenin'schen Vorschlag für das Programm der KP Russlands von 1917 entnommen sind (Bd. 24, S. 475ff.) und nicht den Anspruch haben, vollständig, sondern charakteristisch zu sein, stimmen nicht ohne weiteres überein mit dem Aktionsprogramm für den gewerkschaftlichen Kampf, das wir erarbeiten müssen. Als Forderungen einer politischen Organisation zielen sie alle auf gesetzliche Maßnahmen des kapitalistischen Staates und nicht unmittelbar auf die Sphäre der Beziehungen zwischen Kapitalist und Arbeiter im gewerkschaftlichen Kampf. Das bedeutet nicht, daß die Kommunisten darauf verzichten würden, ein solches gewerkschaftliches Aktionsprogramm auszuarbeiten, nur würde es zur Verkennung der Aufgaben des Programms führen, wenn beide Ebenen miteinander verwischt werden. Das Programm der Kommunisten kann nur die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung konstatieren und darlegen, daß sie eine Notwendigkeit für alle Lohnabhängigen ist, sowie daß sie in einheitlichen Organisationen geschehen muß. Letzteres ist notwendig, um gerade angesichts der Einbeziehung der lohnabhängigen neuen Mittelklasse in den wirtschaftlichen Kampf, gegen alle Interessenorganisationen einzelner Schichten von Lohnabhängigen (DAG, Beamtenbund usw.) entschieden auftreten zu können.

So weit das Programm der Kommunisten wirtschaftliche und Arbeitsschutzforderungen aufstellt, muß man festhalten, daß hier Aufgaben formuliert werden, die auf längere Sicht - so lange der Kapitalismus besteht - gültig bleiben. Es kann sich den einzelnen Entwicklungsstufen des Kampfes der Arbeiterklasse nicht in der Weise anpassen, wie es die Taktik der Organisation tun muß. Es ist Minimalprogramm in dem Sinne, daß alle seine praktischen Forderungen mit der Existenz der kapitalistischen Produktionsweise prinzipiell vereinbar sind und nicht in dem Sinne, daß es das Minimum dessen fordert, wofür die Arbeiter heute schon bereit sind zu kämpfen. Und das Programm der Kommunisten formuliert alle seine Forderungen so, daß sie sich unmittelbar gegen den kapitalistischen Staat richten, auch wenn auf wirtschaftlichem Gebiet Arbeiterschutzforderungen aufgestellt werden. Jedes andere Vorgehen würde versäumen, den Unterschied herauszuarbeiten, der besteht zwischen dem "Versuch in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch strikes etc. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen", und der "Bewegung, ein Achtstunden- etc. Gesetz zu erzwingen". Das eine nennt Marx eine rein ökonomische, das andere eine politische Bewegung, "d. h. eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt" (MEW, Bd. 33, S. 332ff.) Unsere Aufgabe als politische Organisation besteht eben darin, jeden unserer Schritte so anzulegen, daß er auf Vereinigung der gesamten Klasse hinzielt, und das ist nur möglich gegenüber dem Staat als dem geschäftsführenden Ausschuß der Bourgeoisie, selbst dann, wenn noch keine revolutionäre Bewegung unmittelbar auf dessen Zertrümmerung zielt.

Um den entscheidenden Punkt, daß die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur, um diesen entscheidenden Punkt noch einmal neu zu beleuchten, sollte zum Abschluß des wirtschaftlichen Teils die Erklärung stehen, daß die Kommunisten, die den Kampf um die sozialistische Revolution

führen, den Kampf um einzelne Reformen nicht ablehnen. Daß sie aber "nur für eine solche Besserung der Lage der Arbeiter (kämpfen), die deren Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, erhöht, d. h. wenn die Besserung der Verhältnisse nicht verbunden ist mit Korrumpierung des politischen Bewußtseins, mit Bevormundung durch die Polizei, mit Fesselung an einen bestimmten Ort, mit Knechtung durch den 'Wohltäter', mit Erniedrigung der Menschenwürde usw. usf." (Lenin: Brief an den "Nordbund", Bd. 6, S. 161). Wir kämpfen auch für Reformen, aber eben nicht auf jede Art und Weise, wir kämpfen nur auf kommunistische nur auf revolutionäre Art und Weise.

5. AUFBAU DER ORGANISATION UND DAS PROGRAMM DER KOMMUNISTEN

Wir wollen zum Abschluß eingehen auf die Frage nach dem Charakter des auszuarbeitenden Programms im Hinblick auf die kommunistische Bewegung insgesamt. Unser Programmentwurf hat einen doppelten Sinn. Zum einen geht es darum, auf der Basis dieses Programms schon bald diejenigen Genossen zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen, die sich auf seine Grundlagen stellen und mit denen wir eine gemeinsame Taktik ausarbeiten können. Zum anderen aber verstehen wir als Kommission unseren Programmentwurf als einen Vorschlag für die gesamte kommunistische Bewegung, für dessen Anerkennung die zu schaffende Organisation wird kämpfen müssen. Wir verstehen also unser Programm nicht in dem Sinne als vorläufig, daß es das blosse Markenschild einer Organisation wäre, das bei Bildung einer neuen, größeren Organisation durch ein anderes abgelöst werden sollte. Also nicht als "Programmatische Erklärung", sondern als Vorschlag für das Programm der einen Kommunistischen Partei in Westdeutschland. Daß dieses Programm sicher in einigen Punkten noch erweitert werden muß, ist dabei eine andere Sache. So ist uns bewußt, daß wir z. B. noch kein Agrarprogramm für die westdeutschen Bauern aufstellen können, wenngleich es klar ist, daß das Proletariat sich die Aufgabe stellen muß, den größten Teil von ihnen für die Revolution zu gewinnen.

Wenn wir einen Vorschlag für das Programm der Partei unterbreiten, so ist uns gleichzeitig klar, daß dieser Vorschlag weder automatisch sich durchsetzen wird, noch daß er allein ausreicht, die praktische Politik zu bestimmen. Vielmehr wird es die Aufgabe der neuen Organisation sein, zu beweisen, daß auf der Grundlage dieses Programms richtige Politik gemacht werden kann. Dazu aber ist notwendig, daß die von uns zu schaffende Organisation von vorneherein in Beschlüssen zu taktischen Fragen ihrer Politik eine konkrete Orientierung gibt. Ihr Gründungskongreß kann sich also nicht darauf beschränken, Programm und Statut zu beschließen und eine Leitung zu wählen, sondern er wird sich gleichzeitig mit taktischen Resolutionen befassen müssen, um eine einheitliche Massenlinie auszubilden. Die dringlichsten Fragen, die dabei geklärt werden müssen, sind unserer Auffassung nach die folgenden:

1. Wie ist heute der demokratische Kampf zu führen? - Hierzu werden wir einen Resolutionsentwurf vorbereiten, der neben der positiven Bestimmung des aktuell zu führenden demokratischen Kampfes die Auffassung zurückweist, der demokratische Kampf müsse heute wesentlich als antifaschistischer geführt werden.
2. Wie ist der antirevisionistische Kampf zu führen? - Hier ist bei aller Schärfe der Kritik am Revisionismus und des Kampfes gegen ihn die Auffassung zurückzuweisen, man dürfe mit den Revisionisten prinzipiell keine Aktionsbündnisse eingehen, eine Auffassung, die nur sinnvoll würde durch die Annahme, bei den revisionistischen Organisationen handle es sich vom ersten bis zum letzten Mitglied um bewußte Agenten des Sozialimperialismus .
3. Wie müssen wir den gewerkschaftlichen Kampf mit dem Kampf um die Gewerkschaften verbinden? - Hier werden wir den Entwurf eines gewerkschaftlichen Aktionsprogramms vorbereiten, wie er aufgrund der schon geführten Debatte zwischen unseren Organisationen erarbeitet werden kann.

Dabei ist neben geplanten Ausarbeitungen zur Frage der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus und zum Sozialimperialismus, die

den Charakter von erläuternden und begründenden Kommentaren zum Programm haben sollen, eine spezielle Untersuchung zur Entwicklung des demokratischen Kampfes nach 1945 vorgesehen, als deren Ergebnis die entsprechende taktische Resolution formuliert werden soll. Die Organisation, die zu schaffen, einige lokale Zirkel beschlossen haben, wird sich die Aufgabe setzen, um die Einheit der westdeutschen Kommunisten in der Partei zu kämpfen. Das ist nur möglich, wenn sie gleichzeitig den Massenkampf führt, denn nur darin wird sich schließlich entscheiden, welche Linie sich durchsetzt.

Aufgrund der besonderen Verhältnisse in der westdeutschen kommunistischen Bewegung muß dieser Kampf um ihre Einheit in einer speziellen Form organisiert werden. Das wird von vielen Genossen, die heute in Anlehnung an die russische Parteientwicklung zunächst die Schaffung eines führenden Zentrums fordern, übersehen. Anders als in der russischen sozialdemokratischen Bewegung gibt es bei uns keine Genossen, die sich so viel persönliche Autorität schon erworben haben, daß ihre Zusammenfassung in der Lage wäre, die Redaktion einer Zeitung zu schaffen, die von allen lokalen Organisationen gelesen würde. In unserer Bewegung haben sich nicht bestimmte Personen, sondern Zirkel und Organisationen aufgrund ihrer Arbeit Autorität erworben. Darum kann ein nationales Unternehmen nicht anders begonnen werden als durch den Zusammenschluß von Organisationen.

Zum anderen war die russische Sozialdemokratie dadurch gekennzeichnet, daß sie in lokale Organisationen zerfiel, innerhalb derer der Kampf der Linien ausgetragen wurde, z. B. der Kampf zwischen den "Iskra"-Anhängern und denen des ökonomistischen "Rabotscheje Delo". Der zweite Parteitag der SDAPR war gerade dadurch gekennzeichnet, daß die "Iskra"-Anhänger in den meisten lokalen Zirkeln vorher die Mehrheit erobert hatten und Vertreter ihrer Linie zum Parteitag entsenden konnten. Daß unmittelbar darauf neue Spaltungen das Lager der "Iskra"-Anhänger durchzogen, ist eine andere Frage. Festgehalten werden muß aber, daß Lenin nicht einfach die Anhänger der "Iskra" zu einer eigenen, besonderen Partei zusammengeschlossen hatte, sondern ohne organisatorische Sonderbündelei den Kampf um die Mehrheit in der bestehenden sozialdemokratischen Bewegung geführt hatte. - Diese organisatorische Sonderbündelei existiert heute in der westdeutschen kommunistischen Bewegung durch Gründung der verschiedenen "Parteien". Von dieser Tatsache müssen wir ausgehen und deshalb kann die von uns aufzubauende Organisation sich nicht wie die "Iskra"-Organisation, auf die Funktion einer "westdeutschen kommunistischen Post" beschränken, sondern muß alle Funktionen einer Partei schon wahrnehmen, insbesondere die Aufgabe, den Massenkampf in den einzelnen Orten und Regionen unmittelbar anzuleiten und darüber die Entscheidung beim Kampf um die Einheit der Kommunisten voranzutreiben.

Wenn wir dennoch sagen, die von uns geschaffene Organisation sei noch nicht die Kommunistische Partei, so deswegen, weil unsere Arbeit nach Auffassung der Kommission darauf abzielen muß, im Kampf um die Einheit so weit voranzukommen, daß wir gemeinsam mit allen wesentlichen Organisationen und Zirkeln zu einem Gründungsparteitag aufrufen können. D. h., wir fordern nicht die organisatorische Unterordnung und Auflösung der bestehenden Organisationen in die unsere, sondern wir kämpfen um die politische Anerkennung unseres Programms und unserer Taktik, um im fortgeschrittenen Stadium dieses Kampfes die organisatorischen Konsequenzen daraus mit den Genossen der verschiedenen Organisationen gemeinsam beschließen zu können. Wenngleich wir also heute unsere Linie national organisieren müssen, lehnen wir es ab, solche Schritte zu tun, welche die Existenz einer kommunistischen Bewegung außerhalb unserer Reihen verleugnen oder aber ihre Einheit ausschließlich in unserer Organisation anerkennen würden. Die Auffassung der Kommission geht im Gegenteil dahin, daß wir unsere Bereitschaft erklären müssen, mit dem Zusammenschluß der westdeutschen Kommunisten in einer Partei auf der Grundlage des Programms und der Beschlußfassung über die Taktik, die eigene Organisation aufzulösen und uns gemeinsam mit allen anderen Genossen an der Wahl neuer leitender Organe zu beteiligen.

Wir fordern die Genossen in unserer eigenen Organisation, sowie alle anderen westdeutschen Kommunisten und kommunistischen Organisationen auf, sich mit unseren programmatischen Anschauungen - wie sie hier zum erstenmal niedergelegt sind - öffentlich und schriftlich auseinanderzusetzen. Wir werden unsere Möglichkeiten nutzen, diese Stellungnahmen breit zu dokumentieren und mit ihnen die Auseinandersetzung führen.

Johannes Dopstadt (BKA Freiburg), Benno Ennker (KB-Göttingen), Erik Kühl (KB-Bremen), Wilfried Maier (KB Bremen) Joscha Schmierer (KG(NRF) Mannheim / Heidelberg)

Gemeinsames Kommuniqué

Die Vertreter der Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum) Mannheim—Heidelberg, des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg, des Kommunistischen Bundes Göttingen, des Kommunistischen Bundes Osnabrück, des Kommunistischen Bundes Bremen und einer Berliner Gruppe sind auf einer gemeinsamen Beratung in folgenden Punkten übereingekommen:

1. Die bisherigen Überlegungen zur politischen Zeitung als einem zentralen Hebel für den Wiederaufbau der KPD, wie sie insbesondere vom KBB vorgetragen wurden, leiden an dem Mangel, die Überwindung des Zirkelwesens noch auf der organisatorischen Basis des Zirkelwesens selbst vornehmen zu wollen. Es ist richtig, die politische Zeitung als zentralen politischen Hebel zur Überwindung des Zirkelwesens anzusetzen. Klarheit muß aber darüber geschaffen werden, daß nur eine einheitliche Organisation diesen Hebel in nationalem Maßstab zur Überwindung des Zirkelwesens nutzen kann. Eine solche einheitliche Organisation kann nur auf der Grundlage von Programm und Statut geschaffen werden. Auf dieser Grundlage faßt sie die kommunistischen Kräfte aus den einzelnen Zirkeln in einer einheitlichen Organisation unter einer gemeinsamen Leitung zusammen. Diese einheitliche Organisation, die zu schaffen wir uns vornehmen, ist noch nicht die Partei, weil sie noch nicht alle wesentlichen Kräfte der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin umfaßt. Sie ist aber ein wesentlicher Schritt dorthin, insofern sie erlaubt, die jetzt in der KG, im BKA, in KBO, KBB und KBG usw. zersplitterten Kräfte auf die zentralen nationalen Auseinandersetzungen und praktischen Aufgaben zu konzentrieren.

2. Der aktuelle Stand der kommunistischen Bewegung macht es notwendig und möglich, die Schaffung dieser nationalen Organisation direkt auf die Tagesordnung zu setzen. Notwendig, weil das Zirkelwesen an die Grenzen seiner Entwicklung gestoßen ist und sich zunehmend als unfähig erweist, die Verbindung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus weiter voranzutreiben, möglich, weil durch die Arbeit der Zirkel in einigen Bezirken feste Verbindungen von Kommunisten in die Arbeiterklasse geschaffen sind und weil die Auseinandersetzung um grundsätzliche Fragen soweit fortgeschritten ist, daß sich nationale Fronten darin abzeichnen.

3. Über die bisher bestehenden Klärungen in der Etappenbestimmung der proletarischen Revolution in Westdeutschland, in der Gewerkschaftsfrage, der Frage des Parteiaufbaus hinaus kann in den folgenden entscheidenden politischen Fragen ein einheitlicher Standpunkt erarbeitet werden: Die Frage der Entwicklung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Macht, womit sich im Weltmaßstab die Kräfteverhältnisse für den proletarischen Befreiungskampf verändert haben, und in der Faschismusfrage. Die Klärung dieser Fragen ist die entscheidende Voraussetzung für die Erarbeitung des Programms.

4. Die Fragen sollen auf der Basis der schon bestehenden Gemeinsamkeiten in den verschiedenen Organisationen und zwischen ihren Mitgliedern vordringlich geklärt werden. Jedes Mitglied und jede Grundeinheit müssen dabei das Recht haben, sich unmittelbar an dje Mitglieder der beteiligten anderen Zirkel mit Ausarbeitungen und Stellungnahmen wenden zu können. Die lokalen Leitungen haben die Pflicht, die Veröffentlichungen dieser Materialien zu ermöglichen. Insbesondere die Redaktionen von NRF, Arbeiterzeitung und Wahrheit erklären ihre Bereitschaft, ihre Organe für die Auseinandersetzung unter den Mitgliedern breit zur Verfügung zu stellen. Von den jeweiligen Zirkeln und gemeinsam erarbeitete Schulungsmaterialien werden allen Grundeinheiten zur Verfügung gestellt.

5. In dem Maße, wie zwischen den Mitgliedern unserer Organisationen Einheit in diesen Punkten und Klärung der schon bestehenden Gemeinsamkeit erzielt werden kann, wird diese Gemeinsamkeit in programmatischer Form zusammengefaßt und kommissionsmäßig ausformuliert. Die so erarbeiteten Vorlagen werden dann von den Mitgliedern der einzelnen Organisationen beraten, um auf einer gemeinsamen Delegiertenkonferenz beschlossen zu werden.

6. Zu den Aufgaben dieser Konferenz gehört weiterhin die abschliessende Beschlußfassung über ein Statut, das zumindest den Rahmen der einheitlichen Organisation festlegt und den organisatorischen Hebel für die zu wählende Leitung schafft, um den Kampf gegen die Reste des Zirkelwesens in der eigenen Organisation zu führen und den demokratischen Zentralismus durchzusetzen. Noch nicht erarbeitet wurde, wie spezifiziert ein solches Statut von vorneherein sein muß und wie es der Tatsache Rechnung trägt, daß vorläufig nur eine Minderheit der westdeutschen Kommunisten in der zu schaffenden einheitlichen Organisation arbeitet, während der größere Teil noch in Zirkeln organisiert ist.

7. Zentraler politischer Hebel der zu wählenden Leitung ist die politische Zeitung, deren Aufgaben darin bestehen:
- das Programm weiter zu konkretisieren und auf dieser Grundlage den Kampf zur Überwindung des Zirkelwesens in der nationalen kommunistischen Bewegung zu führen,
- das Programm breit in der Arbeiterklasse zu propagieren,
- die praktischen Kämpfe der Arbeiterklasse anzuleiten
- und durch Zusammenfassung der organisatorischen Erfahrungen den demokratischen Zentralismus in der eigenen Organisation umfassend zu entwickeln.

8. Die an der Beratung beteiligten Vertreter der Zirkel verpflichten sich, die in dieser Resolution niedergelegten Standpunkte in ihren Organisationen zu propagieren und durchzusetzen. Sie erkennen dieser Aufgabe absoluten Vorrang zu. Die anwesenden Vertreter werden alles daran setzen, daß noch in diesem Jahr diese Konferenz durchgeführt werden kann.

Bremen, den 28. Mai 1972

Gemeinsame Erklärung zur Arbeitskonferenz vom 16./17.9.72

Am 16./17.9.72 fand eine Arbeitskonferenz derjenigen Organisationen statt, die das Kommuniqué zum Parteiaufbau unterzeichnet haben, In diesem Kommuniqué war vereinbart worden, den Kampf um die Gründung einer im nationalen Maßstab arbeitenden kommunistischen Organisation zu führen, die auf der Basis eines einheitlichen Programms und Statuts die Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei vorantreiben soll (vgl. "Wahrheit" Nr. 5/6, etc.). Ausgehend von dieser Aufgabe behandelten die Vertreter des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg, des Kommunistischen Bundes Bremen, des Kommunistischen Bundes Göttingen, des Kommunistischen Bundes Osnabrück, des Kommunistischen Bundes Wolfsburg und der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg folgende Fragen:

1. Organisatorischer Stand der einzelnen beteiligten Organisationen
2. Allgemeine Gliederung des Programms, Festlegung seiner Bestandteile, Bestimmung des Stellenwerts des Programms
3. Einleitung der Kommissionsarbeit und Bildung einer Programmkommission
4. Das Verhältnis der Organisationen, die das Kommuniqué zum Parteiaufbau erarbeitet haben, zu anderen kommunistischen Organisationen
5. Erklärung zur Bundestagswahl
6. Metalltarifrunde
7. Vietnam-Kampagne
8. Kampagne gegen die Ausländergesetze

Wir behandeln in unserem zusammenfassenden Bericht nur die Punkte 3 und 4. Die Diskussion zum Punkt 2 wird sich niederschlagen in dem in nächster Zeit zu publizierenden Arbeitsplan der Programmkommission; die Diskussion zu den Punkten 5 - 8 in gemeinsamen Erklärungen der beteiligten Organisationen. In welcher Weise die einzelnen Organisationen die unter Punkt 1 dargelegten Daten ihrer organisatorischen Entwicklung veröffentlichen, entscheiden sie selbst.

zu 3.: Einleitung der Kommissionsarbeit und Bildung einer Programmkommission

Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Monate seit Erarbeitung des Kommuniqués wurde einmütig beschlossen, eine Programmkommission sofort zu benennen und ihre Arbeit sofort aufnehmen zu lassen.

Die Aufgabe dieser Kommission soll sich nicht darauf beschränken, bereits von den einzelnen Zirkeln ausgearbeitete Positionen in programmatischer Form auszuformulieren. Vielmehr bekam die Kommission den Auftrag, selbst initiativ zu werden und in etwa 3 Monaten einen ausformulierten Programmentwurf vorzulegen. Schon vorher sollen vorbereitende Untersuchungen der Kommission veröffentlicht werden. Die Beratung ließ sich dabei von der Überlegung leiten, daß die Austragung und Klärung bestehender Differenzen auf dem Weg jeweiliger Publikationen der Standpunkte außerordentlich langwierig und zeitraubend ist. Zudem erleichtert es die Auseinandersetzung um programmatische Fragen zwischen den Zirkeln und quer durch sie hindurch keineswegs, wenn von verschiedenen Seiten Ausarbeitungen veröffentlicht werden, ohne daß ein Vorschlag existiert, auf dem sich die öffentlich geführte Kritik aller Genossen konzentrieren kann. Dadurch, daß in die veröffentlichten Ausarbeitungen die Kritik aller Kommissionsmitglieder jeweils schon eingeflossen ist, wird sich auch häufig eine Kritik erübrigen, die auf verhältnismäßig leicht behebbare Fehler und Unvollständigkeiten zielt und nicht auf schwerwiegende Liniendifferenzen.
Sollten Liniendifferenzen in der Kommissionsarbeit auftauchen, so ist es natürlich notwendig, beide Vorschläge zu veröffentlichen. Ebenfalls ist es notwendig, Kritik und Gegenkritik an den Vorschlägen der Kommission öffentlich zu führen. Die Einrichtung der Kommission verbindet somit dem Vorzug der Zentrierung der Diskussion den Vorzug der Konzentrierung der Kräfte.

Nicht veröffentlicht und nur den beteiligten Zirkeln zugeleitet werden die regelmäßigen Arbeitsberichte der Kommission.
Diese Arbeitsberichte sollen den Zirkeln, welche die Kommission tragen, die Möglichkeit ihrer Kontrolle und zu korrigierenden Eingriffen in ihre ihre Arbeitsweise geben. In ihnen wird nicht die Auseinandersetzung um programmatische Fragen selbst geführt.

Einmütig wurde die folgende personelle Zusammensetzung der Kommission beschlossen:
Johannes Doppstadt, BKA Freiburg
Benno Ennker, KB Göttingen
Erik Kühl, KB Bremen
Wilfried Maier, KB Bremen
Joscha Schmierer, KG(NRF) Mannheim/Heidelberg

Die Mitglieder der Kommission wurden von ihren Organisationen für die Dauer der Programmarbeit von ihren bisher wahrgenommenen politischen Aufgaben weitgehendst freigestellt.

zu 4.: Das Verhältnis der Organisationen, die das Kommuniqué zum Parteiaufbau erarbeitet haben, zu anderen kommunistischen Organisationen

Seit Veröffentlichung des Kommuniqués haben sich mehrfach kommunistische Zirkel an die Unterzeichner des Kommuniqués gewandt mit der Aufforderung zur Diskussion und der Bitte um Aufklärung bestehender Unklarheiten. In einigen Fällen haben sie auch die Bereitschaft zur Mitarbeit auf der Basis des Kommuniqués erklärt.

Weil im Kommuniqué die Gemeinsamkeit der beteiligten Organisationen in entscheidenden programmatischen Fragen nur festgestellt, nicht aber ausformuliert ist, hielt es die Beratung für falsch, auf der Basis des Kommuniqués eine in ihren politischen Grundlagen unklare und damit opportunistische Sammlungsbewegung einzuleiten. Da zudem die Diskussion von einzelnen Ausarbeitungen und des gesamten Programmentwurfs öffentlich sein wird, besteht auch keine Notwendigkeit, den Kreis der Kommuniqué-Organisationen zu erweitern: Jede Organisation, jeder einzelne Genosse wird breiteste Gelegenheit haben, sich an dieser Debatte zu beteiligen.

In den Auseinandersetzungen um Programm und politische Linie vertreten die Kommuniqué-Organisationen innerhalb der westdeutschen kommunistischen Bewegung eine bestimmte Richtung. Das ist in den Veröffentlichungen der einzelnen Zirkel für die kommunistische Bewegung verfolgbar. Das ist nach innen für die Beziehungen zwischen den Zirkeln an den Formen und der Intensität ihrer Zusammenarbeit ablesbar. Der Plan zur Erarbeitung des Programms ist überhaupt nur realisierbar, wenn wir uns dabei auf die vorhandene Übereinstimmung stützen können. Die Übereinstimmung ist vor allem zutagegetreten in der Einschätzung aktueller politischer Fragen, in der Formulierung von Aktionslosungen für den praktischen Kampf und in der Bestimmung taktischer Vorgehensweisen, insgesamt also in der Massenlinie. Diese zunächst nicht gemeinsam erarbeitete, sondern nachträglich offenbar gewordene Übereinstimmung wurde befestigt durch eine zunehmend genauere gegenseitige Kenntnis der politischen Praxis. Beide Voraussetzungen sind bei neu hinzustoßenden Zirkeln nicht gegeben. Die Beratung hat deshalb den Beschluß gefasst, den Kreis der Kommuniqué-Organisationen zum jetzigen Zeitpunkt generell nicht zu erweitern.

Dieser Beschluß bedeutet nicht, daß andere Zirkel und Genossen, die in der Arbeiterklasse den Marxismus-Leninismus propagieren, und an der Organisierung des Industrieproletariats praktisch arbeiten, von der Gründungskonferenz einer einheitlichen Organisation ausgeschlossen bleiben. Soweit solche Zirkel und Genossen der Auseinandersetzung um Programm und Statut sich beteiligen und sich dabei auf die erarbeitete Grundlage stellen, können sie mit stimmberechtigten Delegierten auf der Gründungskonferenz vertreten sein. Voraussetzung dafür ist weiterhin, ein einstimmig gefasster Beschluß der jetzt beteiligten Zirkel, eine Voraussetzung, die nach Gründung der Organisation und Wahl einer Leitung natürlich hinfällig wird.

Als einzige Ausnahme von der generellen Regelung der Nichterweiterung zum jetzigen Zeitpunkt wurde der Kommunistische Bund Wolfburg anerkannt, der an den vorhergehenden Beratungen beteiligt war und sofort nach Erarbeitung des Kommuniqués seine Bereitschaft zum Beitritt erklärte, nachdem er aufgrund äußerer Bedingungen an der letzten Konferenz nicht teilnehmen konnte. Der KB Wolfsburg erfüllt zudem als eine aus der Arbeiterjugend hervorgegangene und mit einer Betriebszelle im VW-Werk arbeitenden Organisation die Voraussetzung, praktisch an der Organisierung des Industrieproletariats zu arbeiten.

Weiterhin wurde beschlossen, daß die "Gruppe Berliner Genossen", die als Unterzeichner des Kommuniqués angeführt wurde, künftig nicht mehr als Träger dieser Vereinbarung gelten kann. Unsere Berliner Genossen sind eine informelle, öffentlich bisher noch nicht hervorgetretene Gruppierung, die zwar unsere Auffassungen teilen, sie aber als nicht-öffentliche Gruppierung gegenwärtig nicht verantwortlich vor der Arbeiterklasse ihrer Stadt und vor der kommunistischen Bewegung vertreten kann. In Übereinstimmung mit den Berliner Genossen wurde festgehalten, daß sie künftig nicht mehr zu den Konferenzen der Kommuniqué-Organisationen eingeladen werden, sondern die feste Verbindung mit ihnen von einer der unterzeichnenden Organisationen wahrgenommen wird. Die im Kommuniqué angegebenen Schritte des Parteiaufbaus sind für die gesamte kommunistische Bewegung wichtig. An ihnen muß öffentlich die Kritik geübt werden können. Das ist aber nur möglich, wenn der Bewegung bekannt ist, wer für diese Schritte verantwortlich ist.

Für den Kontakt mit anderen Organisationen, die Erläuterung offener Fragen usw. wurde festgelegt, daß diese Aufgabe jeweils von einer der unterzeichnenden Organisationen für ihre regionale Umgebung wahrgenommen wird. Als Sekretariatsführung für die Kommuniqué-Organisationen wurde die KG(NRF) Mannheim/Heidelberg festgelegt.

Nach Einschätzung aller an der Beratung beteiligten Zirkel, bestätigte das Treffen in vollem Umfang die Richtigkeit der im Kommuniqué angegebenen Schritte zum Parteiaufbau. Es gelang, in allen zur Diskussion stehenden praktischen Fragen des Klassenkampfes volle Übereinstimmung zu erzielen, wie sie in gemeinsamen Erklärungen zum Ausdruck kommt. Es gelang aber auch die Konzentration der Kräfte unserer Organisationen in einer gemeinsamen Programmkommission, deren Mitglieder nicht als Delegierte ihrer jeweiligen Organisation dort arbeiten, sondern von allen Vertretern auf der Beratung gemeinsam bestimmt wurden.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

WAHRHEIT

Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz

Die "Wahrheit" ist eine vom Kommunistischen Bund Bremen (KBB) herausgegebene politische Zeitung, die sich die Aufgabe gestellt hat, regelmäßig auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen einzugehen und sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus zu beleuchten. Sie führt den Kampf gegen die lokale Borniertheit der Zirkel, indem sie versucht, vom Standpunkt der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung auszugehen und die Auseinandersetzung um die entscheidenden strategischen und taktischen Fragen der westdeutschen Revolution voranzutreiben. Die "Wahrheit" erscheint monatlich und kostet im Jahresabonnement DM 8,– inkl. Porto.

Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt auf den Ladenpreis von DM –,50.

Bestellungen sind zu richten an: Michael Tilgner, 2800 Bremen 15, Postfach 15 01 06. Zahlungen im voraus an das Postscheckkonto Nr. 34 62 64, Postscheckamt Hamburg.

ARBEITER-ZEITUNG

Zentrales Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim-Heidelberg

Inhalt

Neun-Punkte-Friedensvereinbarung in Vietnam	S. 2
DKP keine Alternative	S. 3
BRD-Unterstützung für Vietnamkrieg der USA	S. 4
Schikanen gegen Vietnam-Kampagne	S. 5
Arbeiterkorrespondenzen: Harvester, Straßenbahn	S. 6
Benz-Mannheim, John Deere Mannheim	S. 8
IGM-Jugendmonat	S. 9
Jugendhaus in Selbstverwaltung	S. 9
Gewerkschaftstage (Chemie, Bau, Bergbau, Eisenbahn)	S.10
Tarifkämpfe in Italien	S.10
Korea: Kampf für Wiedervereinigung	S.11
Aktionseinheit gegen reaktionäres Ausländergesetz	S.12
Gegen das Verbot des Komm. Bundes Bremen	S.13
Der Mahler-Prozess	S.14
SPK-Prozess	S.14
Erklärung der FPDLP	S.14

Preis: 30 Pf
Laden 50Pf.

Bestellungen an Dietrich Hildebrandt, 69 Heidelberg, Postfach 834